

(A) **Beginn: 10.06 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 15. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

Mein besonderer Gruß gilt den Herren Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Heinz Palm und Herrn Dr. Dieter Laum, die heute unsere Gäste sind. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Mein Gruß gilt ferner unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich sechs Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die **Beratung** der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Vereidigung

(B) **zweier Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen**

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 29. November 1995 eine personelle Veränderung beim Oberlandesgericht Hamm mitgeteilt, die sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen auch auf die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofs auswirkt.

Mit Ablauf des 31. Dezember 1995 tritt der Präsident des Oberlandesgerichts Hamm, Herr Dr. Heinz Palm, in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger hat die Landesregierung den Präsidenten des Landgerichts, Herrn Gero Debusmann, bestimmt.

Herr Dr. Heinz Palm ist als einer der beiden lebensältesten Präsidenten eines Oberlandesgerichts des Landes gemäß § 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof kraft Amtes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen. Diese Aufgabe übernimmt ab 1. Januar 1996 der Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Herr Dr. Klaus Bilda.

Gemäß § 7 des Gesetzes wird gleichzeitig sein Stellvertreter beim Oberlandesgericht Düsseldorf, Herr Vizepräsident Ernst Jürgen Kratz, stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs. (C)

Nach § 5 des Verfassungsgerichtshofsgesetzes haben sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs und ihre Vertreter, bevor sie ihr Amt antreten, vor dem Landtag den in Artikel 80 der Landesverfassung vorgesehenen Eid zu leisten. Ich bitte daher Herrn Präsidenten Dr. Bilda und Herrn Vizepräsidenten Ernst Jürgen Kratz, zu mir zu kommen, damit ich die Vereidigung vornehmen kann.

(Die Abgeordneten erheben sich. - Die Vereidigung erfolgt.)

Herr Präsident Dr. Bilda, Herr Vizepräsident Kratz, ich beglückwünsche Sie im Namen des Hohen Hauses und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre zukünftige verantwortungsvolle Aufgabe beim Verfassungsgerichtshof unseres Landes.

(Allgemeiner Beifall - Die Abgeordneten nehmen wieder Platz.)

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf:

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)** (D)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/400

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1995 bis 1999

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 12/401

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften

(Präsident Schmidt)

- (A) Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/402
erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, wir setzen heute die am 29. November 1995 unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen fort.

Ich eröffne die **Beratung**. Zum Beratungsblock

I. Haushalt

erteile ich dem Abgeordneten Diegel für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Helmut Diegel (CDU): Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Oh! bei der SPD)

Ich freue mich, insbesondere die CDU-Fraktion so vollzählig zu sehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Bei der SPD und bei den GRÜNEN ist das noch ein bißchen lütt.

(Lebhafte Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- (B) Aber ich gehe einmal davon aus: Die feiern noch Nikolaus oder kommen vielleicht noch nicht so ganz aus den Federn. Vielleicht treibt man sich auch hier in den Ecken herum, um beim Regieren Schritt für Schritt nach vorne zu kommen. Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß Sie alle wach sind und mir hoffentlich aufmerksam zuhören.

Meine Damen und Herren! In der letzten Woche hat der Finanzminister dieses Landes den Haushalt 1996 eingebracht. Ich denke, er hat dies in der ihm eigenen Art getan: leidenschaftslos. Das nehmen wir ihm auch gar nicht übel, denn angesichts eines solchen Haushalts kann man nun wirklich keine Leidenschaften entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU stimmt Ihnen allerdings in der von Ihnen beschriebenen allgemeinen Lage in einer Feststellung zu - und ich zitiere aus Ihrer Rede, Herr Finanzminister -: "Es gibt", so sagten Sie, "schwerwiegende Versäumnisse in der Wirtschafts- und Finanzpolitik."

(Manfred Degen [SPD]: Des Bundes!)

Ich füge hinzu: hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie leider verschwiegen, Herr Finanzminister: wer hier schwerwiegend etwas versäumt hat. Ich denke, das waren Sie allein, denn Sie sitzen hier seit Jahren in der Regierung, und Sie sind seit Jahrzehnten derjenige und diejenigen, die hier die Finanzpolitik bestimmen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

In der Wirtschaftspolitik haben Sie jahrzehntelang den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen gebremst. Glauben Sie nur nicht, daß Sie hier in Nordrhein-Westfalen die Versäumnisse schon aufgearbeitet hätten, nur weil Herr Clement seit kurzem anders denkt und redet. Übrigens: Reden allein reicht nicht. Handeln müssen Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Fragen Sie doch einmal unseren wirtschaftspolitischen Sprecher, Herrn Meyer. Er hilft Ihnen, Herr Clement, gerne beim Handeln.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: In Bonn!)

Aber Herr Clement hat ja jetzt anderweitig richtig Unterstützung bekommen:

(Minister Wolfgang Clement: Wo ist Herr Meyer?)

Unterstützung von den GRÜNEN, Unterstützung im Reden und Zerreden, aber leider nicht im Handeln!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Nur mit rot-grünem Gerede, meine Damen und Herren, kommen wir nicht weiter. Garzweiler läßt grüßen. Sie werden in Nordrhein-Westfalen Ihre jahrzehntealten Fehler in der Wirtschaftspolitik so nicht korrigieren können.

Was ist angesagt, meine Damen und Herren? In der Wirtschaftspolitik ist Vertrauen angesagt, vertrauensbildende Maßnahmen sind gefragt. Doch feststellen müssen wir: Weder haben Sie Vertrauen zu den Unternehmern noch die Unternehmer zu Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Walter Grevener [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Übrigens, Herr Finanzminister, Sie haben recht: Ebenso hat es in der Finanzpolitik schwerwiegende Versäumnisse gegeben, ich füge hinzu: auch in Nordrhein-Westfalen. Ja, natürlich: Seit dreißig Jahren machen Sie jedes Jahr immer wieder neue Schulden,

(Zuruf des Heinz Hunger [SPD])

(Diegel [CDU])

(A) und dies - das muß man wissen - trotz stetig steigender Steuermehreinnahmen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Wie ist das denn in Bonn, Herr Diegel?)

131,3 Milliarden DM Schulden werden es am Ende des Jahres 1996 sein.

(Heinz Hunger [SPD]: Wer ist Wirtschaftsminister in Bonn?)

Wohl wahr, Herr Finanzminister: Kein Zeichen für eine verlässliche und solide Finanzpolitik in diesem Lande!

Verlässlich, Herr Finanzminister, war nur Ihre Stellenvermehrung. Daß dies den Haushalt belastet, bemängeln Sie jetzt sogar selbst. Das sind aber nun einmal Ihre eigenen Fehler, und zwar Ihre eigenen originären Fehler. Kein Zeichen also für eine solide Finanzpolitik!

(Zuruf von den GRÜNEN - Heiterkeit bei der CDU)

Anerkennenswert ist hier lediglich Ihre - wenn auch verspätete - Einsicht in die Dinge.

Deshalb verkündet der Finanzminister nun eine Modernisierung des Staates und solide Finanzen. Meine Damen und Herren! Es ist doch geradezu grotesk, nun von Modernisierung zu reden, sich als Erneuerer feiern zu lassen, als derjenige, der frischen Wind hier in den Staat bringen will. Ich frage Sie: Was haben Sie eigentlich dreißig Jahre lang hier gemacht? Seit dreißig Jahren hatten Sie Gelegenheit dazu.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Herr Finanzminister, Ihnen konzidiere ich: Wenn Sie bei Ihrem Amtsantritt vor acht Jahren damit begonnen hätten, wäre das glaubwürdig und okay. Nur davon zu reden und immer nur zu reden, ist wenig glaubwürdig.

So möchte ich eine der von Ihnen vorgestellten sogenannten Erneuerungen oder Modernisierungen ansprechen. Ich zitiere Sie aus der letzten Sitzung in diesem Hause:

"Die nordrhein-westfälische Landesverwaltung wird sich im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft erfolgreich bewähren müssen. Sie kann es, und sie wird es."

Da stutzt doch der interessierte Beobachter und fragt sich: Was soll das eigentlich heißen? Wollen Sie etwa dem Beispiel der Verwaltungschefs der

zehn größten nordrhein-westfälischen Städte folgen, die sich hier kürzlich in der Nähe von Nordrhein-Westfalen, in Bochum, trafen? (C)

(Heinz Hunger [SPD]: Das ist mitten in Nordrhein-Westfalen!)

Diese wollen, daß sich die Kommunen durch wirtschaftliche Betätigung zusätzliche Einnahmequellen erschließen können.

Klar wurde, was gemeint war, als Herr Kniola sich im WDR dazu äußerte. Dieser will zulassen, daß kommunale Betriebe, Werkstätten usw. in Konkurrenz zu privaten Unternehmen treten können, solange sie nicht ausgelastet sind.

Wenn Sie, Herr Finanzminister, dieser Auffassung folgen, heißt das: Sie wollen mit Steuergeldern der privaten Wirtschaft Konkurrenz machen.

(Walter Grevener [SPD]: Nein, er will Steuergelder nicht vergeuden.)

Wollen Sie dann beispielsweise auch bei einer nur zu zwei Drittel ausgelasteten Werkstatt eine 100%ige Auslastung durch Kundenraub bei den privaten Werkstätten erreichen,

(Lachen des Heinz Hunger [SPD])

anstatt den umgekehrten Weg zu gehen und die Kapazitäten der Werkstätten kostenmindernd herunterzufahren? Wissen Sie eigentlich, Herr Finanzminister, was das bedeutet, wenn Sie das als Modernisierung ausgeben? Sind Sie sich darüber im klaren, daß Sie erstens Steuergelder zu diesem Zweck mißbrauchen, zweitens Werkstätten in privater Hand kaputtmachen und drittens damit Arbeitslosigkeit bei den betreffenden Werkstätten schaffen? (D)

Meine Damen und Herren von der SPD, wissen Sie, was das ist? - Das ist nichts anderes als eine Kampfansage an die private Wirtschaft, um den eigenen Kopf aus der finanzpolitischen Schlinge zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir bitten Sie, wir empfehlen Ihnen, nein, wir fordern Sie auf, Herr Minister: Lassen Sie ab von Ihren Vorstellungen mit den damit verbundenen schwerwiegenden Folgen. Wenn zum Beispiel kommunale oder landeseigene Werkstätten nicht ausgelastet sind, sind sie zu privatisieren oder zumindest dem Bedarf anzupassen.

(Walter Grevener [SPD]: Was machen wir mit den Mitarbeitern?)

(Diegel [CDU])

- (A) Der Staat ist kein Blumenzüchter und kein Reparaturmeister. Aus diesen Aufgaben sollte er sich schleunigst zurückziehen. Die Privaten können das ohnehin viel, viel besser.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, Sie reden von Solidität, Sie reden von Ihrer Verantwortung für die Finanzen. Ich möchte auch Sie zitieren, und zwar aus Ihrer Einbringungsrede zum Landeshaushalt. Sie sagten: "Wir in Nordrhein-Westfalen tragen als größtes Land eine besondere finanzpolitische Verantwortung, denn Nordrhein-Westfalen ist das Land" - jetzt kommt Schönrede - "mit der höchsten Zahl der Erwerbstätigen, mit den meisten Arbeitsstätten, der höchsten Inlandsproduktion, mit dem größten Haushalt aller Länder" usw.

(Peter Bensmann [CDU]: Und Schulden!)

Was soll diese Beschreibung? - Es ist doch klar, daß Nordrhein-Westfalen als mit Abstand bevölkerungsreichstes Land die meisten Erwerbstätigen hat. Sich mit dem Saarland, Bremen oder Hessen zu vergleichen ist, als ob sich Goliath David gegenüber seiner Größe und Muskelkraft rühmte. Aber wie in der Geschichte - das ist Realität, Herr Finanzminister! - verliert auch hier der Goliath Nordrhein-Westfalen immer mehr an Boden gegenüber den einst belächelten Davids Baden-Württemberg, Bayern usw.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Denn das Land Nordrhein-Westfalen - um die Liste des Finanzministers zu vervollständigen - hat inzwischen auch die höchste Zahl der Arbeitslosen, den größten Mangel an mittelständischen Unternehmen, die höchsten Ausgaben und den größten Schuldenberg.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Realität, Herr Finanzminister. Sagen Sie doch nicht immer nur die halbe Wahrheit. Sie kommt in dieser Form geradezu einer Lüge gleich.

Und dann, Herr Finanzminister, besitzen Sie die Stirn, sich noch selbst anerkennend auf die Schulter zu klopfen. Ich zitiere aus Ihrer Haushaltsrede - das muß man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen -: "Wir in Nordrhein-Westfalen sind schon früh mit unserer Finanzpolitik auf einen konsequenten und beharrlichen Konsolidierungskurs gegangen." - Das ist doch der reinste Hohn! Da lachen doch die Hühner in Siggis Martschs Garten!

(C) Aber ich gebe Ihnen eine Chance, Herr Finanzminister. Wir wollen uns das Ganze einmal genauer ansehen; und zwar am besten anhand Ihres größten Etatpostens, denn da muß der Konsolidierungskurs ja am deutlichsten sichtbar sein: beim Personalhaushalt. Wir stellen fest, daß von den geschätzten Steuereinnahmen von 68,3 Milliarden DM mehr als jede zweite DMark für Personalkosten aufgewendet wird; übrigens 4,2 % mehr als im Jahre 1995. - Das nennen Sie Konsolidierung, Herr Finanzminister?

Nun gut! - Ich möchte Ihnen noch einen Versuch zubilligen, nämlich den "frühzeitigen, konsequenten und beharrlichen Konsolidierungskurs" an der Entwicklung von Personalausgaben und Personalstellen des Landes anhand Ihrer eigenen Statistik - Vorlage 11/1609 - nachzuvollziehen. Dort stellt der Finanzminister fest: "Seit 1966 sind unter SPD-Landesregierungen rund 136 000 neue Stellen geschaffen worden, davon allein seit 1987 rund 9 000."

(Walter Grevener [SPD]: Sie haben noch mehr gefordert!)

Meine Damen und Herren, sehen wir uns die Personalausgaben an. Ich will nicht bis zum Jahre 1961 zurückspringen, aber vielleicht zum Jahre 1979, in dem hier Johannes Rau begann. 1979 hatten wir Personalausgaben von rund 17 Milliarden DM. 1996 sind es über 34 Milliarden DM. Mehr als doppelt so viel an Personalkosten hat Johannes Rau mit seiner Landesregierung diesem Land zugemutet.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Also beim besten Willen und allen guten Vorsätzen: Ich kann keinen konsequenten Konsolidierungskurs erkennen. Man kann ihn auch nicht erkennen. Und wissen Sie auch, warum nicht, Herr Finanzminister? - Weil es keinen gibt, schlichtweg, weil es keinen gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mir überlegt, wie man die Situation mit einem Vergleich noch deutlicher machen kann. Es kommt mir so vor, Herr Trinius, als wäre das Land Nordrhein-Westfalen am besten mit einem Flugzeug zu vergleichen. Denn Sie wollen hoch hinaus, Sie wollen mit diesem Land viel erreichen. Aber es ist ein Flugzeug, das seit 30 Jahren auf der Startbahn steht und wartet. Es trägt die Aufschrift, Herr Vesper: "Hier fliegt das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner Landesregierung

(Diegel [CDU])

(A) in eine neue, erfolgreiche Zukunft!" Und es wartet mit laufendem Motor, mal ist er leise, mal laut; und es wartet und wartet - es wartet seit 30 Jahren. Manchmal in diesen 30 Jahren hatte der staunende Beobachter den Eindruck, es könnte etwas passieren. Aber gleich kamen viele eifrige Helfer aus den Hangars herbei, die sofort neuen Ballast aufladen mußten, um nun einen Start zu vereiteln, Ballast wie: neue Gesamtschulen, Herr Vesper, neues Personal, neue Schulden etc.

Und jetzt, im Jahre 1995, wo das Flugzeug - so Herr Clement - laut donnernd von der Startbahn abheben will, da springen noch ein paar GRÜNE an Bord - so ein Pech! -: ein Appel, eine Nacken, ein Busch, ein Bajohr. Die wollen nämlich auch noch mit an Bord. Und nicht nur das: Sie wollen auch noch an den Steuerknüppel, an die Navigation und in die Loge WestLB! Das ist der allergrößte Frevel.

(Beifall bei der CDU)

Daß dieses Flugzeug nicht wesentlich von der Stelle kommt, ist unter den geschilderten Umständen nicht mehr verwunderlich. Sie müssen in der neuen Koalitionsmaschine zunächst einmal die Plätze sortieren und neu verteilen. Das Problem ist nur: Dies kostet das Land wieder Jahre, Jahre, die das Land nicht hat, verschenkte Jahre, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Es ist somit weder ein klares finanzpolitisches Konzept erkennbar, noch sind Versprechungen glaubhaft.

Und ein Beispiel für ein solches von der Landesregierung gegebenes Versprechen möchte ich aus Ihrer Rede vom 29. November 1995 zitieren. "Wir" - so heißt es beim Finanzminister - "werden auch in den kommenden fünf Jahren keine Gesetze oder Verordnungen beschließen, die die Städte oder das Land zusätzlich belasten." - Da stellt sich doch die Frage: Warum wird denn im Haushaltsplan 1996 eine erneute Befrachtung des GFG vorgenommen? Sie befrachten das GFG mit originären Landesaufgaben, und zwar in Höhe von rund 200 Millionen DM Investitionskosten für kommunale Krankenhäuser, 100 Millionen DM für Kosten der Weiterbildung und 16 Millionen DM im Grundstücksfonds.

Das ist doch ein Widerspruch und fast schon ein gebrochenes Versprechen. Tun Sie uns den Gefallen, Herr Finanzminister, und erklären Sie sich dazu. Das ist aufklärungsbedürftig. Hier stehen auch Sie im Wort.

Interessant ist aber auch, in welche Rolle der Finanzminister noch schlüpft. Er schlüpft gern in die eines Ankündigungsweltmeisters. Außer dem beschlossenen Abbau von 12 000 Stellen wollen Sie weitere 10 000 Stellen einsparen, also insgesamt 22 000 Stellen. Nur frage ich Sie, wo das in diesem Haushalt erkennbar ist. 920 Stellen, die Sie abbauen wollen, stehen 525 Stellen gegenüber, die Sie neu einrichten. Das bringt effektiv einen Stellenabbau von 395 Stellen im Jahre 1996.

(C)

Wenn Sie in diesem Tempo weitermachen, brauchen Sie noch über 60 Jahre. Das erleben die meisten von uns nicht mehr. So kann man Probleme natürlich auch lösen.

(Peter Bensmann [CDU]: So ist es!)

Man macht ein Versprechen, dessen Einlösung erst fällig wird, nachdem alle daran Beteiligten voraussichtlich das Zeitliche gesegnet haben.

(Beifall bei der CDU)

Interessant ist diese Lösung schon, Herr Finanzminister. Nur, lassen Sie doch Ihren Ankündigungen ausnahmsweise einmal Taten folgen!

(Beifall bei der CDU)

Das wäre doch einmal etwas. Zumindest läge das Überraschungsmoment auf Ihrer Seite und nicht immer nur bei der Opposition.

(D)

Dann bleibt da noch das Problem der Pensionsausgaben. Die Kosten hierfür werden in den nächsten 25 Jahren um mehr als 250 Prozent explodieren, von 5 Milliarden DM im Jahre 1993 auf 12,5 Milliarden DM im Jahre 2020.

Herr Finanzminister, Sie bekunden, Sie würden sich an jeder vernünftigen Gesetzesinitiative beteiligen. Ich frage Sie: Warum bringen Sie die nicht selbst ein? Warum begnügen Sie sich damit, immer nur zu reagieren, anstatt einmal zu agieren? Die CDU hat zu diesem Problemfeld vor Wochen einen eigenen Antrag eingebracht, mit dem Sie, Herr Finanzminister, zu Aktivitäten aufgefordert werden. Der Antrag wird Ihnen helfen. Vielleicht bewegt sich dann einmal etwas bei Ihnen.

Wenden wir uns nun den von Ihnen herausgegebenen Eckdaten Ihres Haushaltsentwurfes zu! Zunächst, Herr Finanzminister, wenden Sie ein, um nicht Vergleiche herstellen zu können, der Haushalt 1996 sei mit dem Haushalt 1995 methodisch nicht vergleichbar. Da stimmen wir Ihnen zu, Herr Finanzminister. Nur muß die Frage erlaubt sein: Warum vergleichen Sie ihn dann? Wenn Sie ihn aber schon vergleichen, warum stel-

(Diegel [CDU])

- (A) len Sie dann nicht die bereinigten 96er-Zahlen den 95er-Zahlen gegenüber? Sie wenden ein, es gäbe eine Vielzahl von Bereinigungen und damit eine Vielzahl von Steigerungsraten. Unseres Erachtens gibt es nur fünf zu beachtende Faktoren - Sie nennen diese selber -, die bereinigt werden müßten.

Das ist erstens die Zahlung in den Fonds Deutsche Einheit, zweitens sind das die Mittel für die Kriegsofferfürsorge und drittens ist das das Bundeskindergeld - diese Posten sind alle beim Haushalt 1995 zu verrechnen -, viertens betrifft das die Bahnstrukturmittel und fünftens die Zahlung des Familienlastenausgleichs bei den Gemeinden. Die beiden letzten Posten sind beim Haushalt 1996 zu substrahieren. So einfach ist das. Und schon kommen wir zu vergleichbaren Zahlen.

Daraus ergibt sich ein berichtigtes Haushaltsvolumen 1995 von 82,545 Milliarden DM und 1996 von 84,812 Milliarden DM. Das heißt, es ergibt sich hieraus eine Steigerungsrate von 2,7 Prozent und nicht von 1,3 Prozent, wie es der Finanzminister ausgewiesen hat.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Alles genannt!)

- (B) Ich bin beinahe versucht zu behaupten, bei der Unterscheidung von brutto und netto tut sich die SPD ohnehin schwer. Herr Scharping läßt grüßen.

(Beifall bei der CDU)

Das würde ich unserem Finanzminister nicht unterstellen wollen. Ich denke, hier hat dies Methode. Das ist eine Methode der oder in der Koalition. Nur, Herr Finanzminister, wie Sie als Partner - SPD und GRÜNE - untereinander und miteinander umgehen, das interessiert uns hier nur am Rande. Der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit dient Ihr Haushaltsentwurf jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht spricht daher unser Fraktionsvorsitzender davon, daß dieser Haushalt nichts anderes als Makulatur ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, wir bitten Sie nicht nur, sondern wir fordern Sie auch auf, zu einer aussagefähigen Darstellung zurückzukehren. Dann müßten Sie sich bekennen. Dann müßten Sie bekennen, daß Ihnen nicht nur die Personalausgabenquote von 39,1 auf 40,1 Prozent und die Perso-

nalsteuerquote von 50,4 Prozent auf 51,0 Prozent davonlaufen, sondern auch die Zinsquote weiter steigt. (C)

Festzustellen ist ferner, daß Ihnen, Herr Finanzminister, trotz nominaler Steigerung die Investitionsquote wegrutscht, und zwar von 11,5 Prozent im Jahre 1995 über 11,4 Prozent im Jahre 1996 bis auf 10,9 Prozent im Jahre 1999. Damit gefährden Sie, Herr Finanzminister und Herr Rau, nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Zudem stellen Sie wiederum eine Globale Minderausgabe in den Haushalt ein. Das heißt, Sie wissen nicht, wo und an welchen Stellen Sie denn sparen wollen. Das nennen wir Hilflosigkeit. Darüber hinaus vergrößert die Landesregierung den Schuldenberg. Ich denke, daß das eindringlich und sehr klar letzte Woche noch einmal vom Bund der Steuerzahler mit der Schuldenuhr hier dokumentiert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Dokument

(Der Abgeordnete hält ein Papier hoch.)

spricht für sich. Jede Sekunde nehmen die Schulden um 200 DM zu. Jetzt sind es über 125 Milliarden DM. (D)

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Der Finanzminister statt dessen rühmt sich ob der Tatsache, die Nettoneuverschuldung des Landes um rund 300 Millionen DM verringert zu haben. Das sieht auf den ersten Blick gar nicht so übel aus, aber machen wir uns doch einmal die Mühe, genauer hinzuschauen.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist, wie gesagt, mit 125 Milliarden DM im Minus. Die Nettokreditschulden des letzten Jahres bezifferten sich auf 6,3 Milliarden DM, die des neuen sollen sich demnach auf 6 Milliarden DM belaufen.

6 Milliarden DM, meine Damen und Herren! Bei allem Respekt: Wer kann sich denn diese Summe überhaupt noch vorstellen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und dabei handelt es sich lediglich um die Neuverschuldung.

Wir sind mittlerweile in Nordrhein-Westfalen in einer derart mißlichen Lage, daß wir uns ständig weiter und höher verschulden müssen, um über-

(Diegel [CDU])

- (A) haupt die Zinsen der Altschulden abtragen zu können. Das heißt: Mit Abschluß des Haushaltsjahres 1996 steht Nordrhein-Westfalen mit satten 131 Milliarden DM in der Kreide. Nach der Finanzplanung sollen es sein: 1997: 136,9 Milliarden DM Schulden - lesen Sie das bitte nach! -; 1998: 140,8 Milliarden DM Schulden; 1999: 143,3 Milliarden DM Schulden und nach der Koalitionsvereinbarung im Jahre 2000 144,3 Milliarden DM Schulden. Jedes Jahr ein neuer Rekord im Landesschuldenbuch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Selbst wenn wir wohlwollend davon ausgehen würden, daß es das Land ab dem Jahre 2001 schaffen würde, pro Jahr 1 Milliarde DM Schulden abzubauen, also zu tilgen, so würden wir noch bis zum Jahre 2145 bis zum völligen Abbau des Schuldenbergs zahlen. Wir sprechen hier also über Geld, das noch die Enkel unserer Kinder zahlen werden,

(Reinhold Trinius [SPD]: Das sind also die Urenkel!)

Geld, das noch die Enkel der Kinder zahlen werden, die heute noch nicht einmal geboren sind, Herr Trinius.

- (B) Ich hoffe, diese Sache wird Ihnen mittlerweile genauso mulmig, wie sie mir beim Darübernachdenken geworden ist.

Wie Sie sehen: Es ist nicht Polemik oder schlechter Stil der Opposition, hier Mißstände anzuprangern. Es ist wirklich die Besorgnis, die zum Nachdenken zwingt und, meine Damen und Herren, es sind traurige Tatsachen. Aber über diese Tatsachen müssen wir uns doch einmal Gedanken machen. Wir können und dürfen uns an diese Schulden nicht gewöhnen, sie verdrängen oder - schlimmer noch - sie hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hinzunehmen bedeutet, sie auf Dauer zu ignorieren und sie nicht mehr mit dem nötigen Ernst zu behandeln. Zum Teil schleppen wir den Schuldenberg wie ein Kavaliersdelikt mit uns herum. Das ist gefährlich, ganz gefährlich, Herr Finanzminister.

Stellen wir uns den beschriebenen Fall doch einmal ein paar Kategorien kleiner vor: Eine gutbürgerliche Familie, ein Verdiener, 3 500 DM netto, Schulden 300 000 DM. Von diesem Berg, so pro-

- gnostiziere ich Ihnen, kommt diese Familie selbst mit der besten Schuldnerberatung nicht mehr herunter. (C)

(Zurufe von der SPD)

Und - das ist das Schlimme - ab einer bestimmten Höhe Schulden - das ist nicht nur bei einer Familie, wie ich sie gerade beschrieben habe, der Fall - schaltet man automatisch ab, weil der Betrag außerhalb des Vorstellungsvermögens liegt. Und wenn dann die Verschuldung noch über Jahre oder Jahrzehnte läuft, tritt die erwähnte Gewöhnung ein. Einmal Schulden, meine Damen und Herren, immer Schulden! Es zeigt die Hilflosigkeit der Landesregierung, neue Schulden machen zu müssen, um die Zinsen der alten begleichen zu können,

(Beifall bei der CDU)

wohlgemerkt: die Zinsen. Es ist dringend geboten, hier größere Kraftanstrengungen zu unternehmen als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hierzu bedarf es eines Konsenses aller Parteien. Hierzu - das hat unser Fraktionsvorsitzender signalisiert - sind wir bereit. Aber wir fordern auch Sie dazu auf.

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper) (D)

Unseriös - Herr Finanzminister, ich muß es leider sagen - ist auch Ihre Darstellung bei der Finanzplanung bis 1999. Dafür möchte ich Ihnen vier Beispiele geben: Erstens: Die Steuereinnahmen sind viel zu hoch geschätzt. Zweitens: Die Personalausgaben sind zu niedrig angesetzt. Drittens: Die Investitionsausgaben sind völlig unrealistisch. Viertens: Die Globalen Minderausgaben.

Beginnen möchte ich mit den Steuereinnahmen, Herr Finanzminister. Bei den Steuereinnahmen 1995 erwarten Sie mittlerweile ein Loch von 500 Millionen DM - so Ihre Ausführungen im letzten Haushalts- und Finanzausschuß.

(Minister Heinz Schleußer: Das sind Risiken!)

Sie halten dies für einen einzigartigen Eklat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und schieben die Schuld hierfür wieder nach Bonn, weil dort unrealistische Steuerschätzungen vorgenommen worden sind - so Ihr Beitrag in der Rede letzte Woche hier in diesem Hause.

(Minister Dr. Michael Vesper: Haben die in Bonn denn keine Schulden?)

(Diegel [CDU])

(A) - Genau, Herr Vesper. Er stellt die richtige Frage. Er ist ein Glückskind heute morgen.

Sie verschweigen allerdings, daß die Steuerschätzung seit 1955 vom Arbeitskreis Steuerschätzung vorgenommen wird. Dieser ist nach den Angaben des Finanzministers ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen.

(Minister Heinz Schlußer: Da haben Sie einmal recht!)

Aber es wird noch interessanter, Herr Finanzminister. Ich zitiere weiter aus Ihrem Finanzbericht 1996, Seite 34 a, damit Sie das verfolgen können:

"Ihm"

- dem von Ihnen so kritisierten Arbeitskreis Steuerschätzung -

"gehören an: Vertreter der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der führenden Wirtschaftsinstitute, der Bundesminister der Finanzen und"

- jetzt kommt es -

"die Vertreter der Finanzminister der Länder."

(B) Man höre und staune: Herr Schlußer, auch Sie sitzen in diesem Gremium, das den Eklat produziert hat, der in der ganzen bundesrepublikanischen Finanzgeschichte ohne jeden Vergleich ist. Das heißt: Auch Sie haben sich verschätzt.

(Beifall bei der CDU)

Wie alle anderen haben auch Sie sich verschätzt. Ich nenne es scheinheilig, Herr Finanzminister, nun die gesamte Schuld Herrn Waigel in die Schuhe zu schieben, wo Sie doch höchstpersönlich daran mitgewirkt haben.

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

Aber es kommt noch doller. Anstatt bei den Steuereinnahmen daraus die Konsequenzen zu ziehen und nun vorsichtig Zahlen zu nennen, stellen Sie bei den Steuereinnahmen utopische Steigerungswerte ein: 3,1 % 1996, 4,8 % 1997, 5,6 % 1998 und 6,1 % 1999. Herr Finanzminister, das ist nicht nur viel zu optimistisch bzw. falsch, sondern auch schlichtweg unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Finanzminister, werden damit für einen Eklat in der nordrhein-westfälischen Finanzgeschichte sorgen, der hier seinesgleichen noch

wird finden müssen. Die alleinige Verantwortung dafür werden Sie tragen. (C)

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer)

- Absolute Zahlen, höre ich. Herr Finanzminister, ich will Ihnen gern auch dieses Beispiel in absoluten Zahlen nennen. Das Wirtschaftswachstum für 1996 wird auf 2,5 % prognostiziert. Das ist richtig, nicht, Herr Finanzminister? Legt man die Basis der reduzierten Steuereinnahmen von 1995 zugrunde, beträgt das Steuermehraufkommen 1,62 Milliarden DM. Veranschlagt ist jedoch unter Berücksichtigung vergleichbarer Zahlen ein Mehr von 2,3 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, auf diese Art und Weise schafft sich der Finanzminister schon in der Finanzplanung der Steuereinnahmen mit seinen viel zu optimistischen Zahlen ein weiteres Loch von 600 Millionen DM.

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer)

Genie und Wahnsinn, meine Damen und Herren, sollen ja bekanntlich nah beieinander liegen. Das ist jedoch nur noch Wahnsinn,

(Beifall bei der CDU)

insbesondere wenn man heute noch nicht weiß, wie man die 1,5 Milliarden DM Lücke aus dem Haushalt 1995 bewältigen will. Ich kann dafür nur das Wort "Wahnsinn" empfinden, Herr Finanzminister. (D)

(Lachen des Ministers Dr. Michael Vesper)

Ich weiß wohl, daß das Steuerschätzen ein schwieriges Unterfangen ist. Doch hier liegen die Fakten eines zu hohen Einnahmeansatzes für die Steuern deutlich auf dem Tisch. Sie aber, Herr Schlußer, sind entweder ungemein naiv oder ein schlauer Fuchs. Da ich Sie jedenfalls bislang als halbwegs intelligenten Menschen kennengelernt habe,

(Oh! bei der SPD)

vermute ich das zweite. Nützen tut es Ihnen allerdings nichts. Es ist uns nämlich - leider für Sie - aufgefallen. Also korrigieren Sie bitte Ihre Zahlen. Denn das niedrige Einnahmenniveau der Jahre 1995 und 1996 schlägt natürlich auch auf die Finanzplanungsjahre 1997 bis 1999 durch.

(Dr. Helmut Linssen (CDU): Wo er recht hat, hat er recht!)

Zweitens. Die Personalausgaben: Die Personalausgaben stiegen im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1994 um jährlich 5 %. Angesichts dieser Zahl erscheint die von Ihnen angegebene Steigerungs-

(Diegel [CDU])

- (A) rate von 3 % - also 2 % weniger - für die Jahre 1997 bis 1999 viel zu optimistisch. Offensichtlich haben Sie hier das mit Sicherheit zu erwartende Mehr bei den Versorgungsbezügen nicht ausreichend berücksichtigt.

Drittens. Investitionsausgaben: Die Ausgaben für Investitionen sollen in den Jahren 1997 bis 1999 konstant bei 10 Milliarden DM gehalten werden. Sie steigen also nominal gegenüber 1996 geringfügig. Gemessen an den Gesamtausgaben sinkt jedoch der Investitionsanteil weiter. Auch hier mußte wohl, um das zu optimistische Ziel, nämlich die Reduzierung der Neuverschuldung, zu erreichen, eine Anpassung vorgenommen werden, die noch nicht einmal die Inflationsraten deckt.

Viertens. Die Globalen Minderausgaben: Daß Ihre Finanzplanung nicht das Gedruckte auf dem Papier wert ist, wird bei der Position der besonderen Finanzausgaben ganz besonders deutlich. Hinter dieser Position verbergen sich in Wahrheit die Globalen Minderausgaben, die unter Ausklammerung haushaltstechnischer Verrechnungen in den Jahren 1997 und 1998 jeweils 800 Millionen DM und 1999 200 Millionen DM betragen sollen. Auch diese Positionen zeigen deutlich auf, daß es Ihnen nur darum ging, die angestrebte und großartig verkündete Reduzierung der Neuverschuldung rechnerisch passend zu machen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus verfehlen Sie bei der Finanzplanung die vom Finanzplanungsrat vorgeschriebene 3 %-Marke der Gesamtausgabenerhöhungsgrenze in den Jahren 1997 mit 3,1 % und 1999 mit 3,2 %.

(Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Insgesamt ist das also ein Finanzplan, der die Bezeichnung Finanzplan nicht verdient

(Beifall bei der CDU)

und der eigentlich parteikonform schamrot anlaufen müßte, meine Damen und Herren. So etwas darf man doch nicht abliefern. Das wissen Sie doch auch ganz genau.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich fasse zusammen: Erstens. Der vorgelegte Haushaltsplan 1996 und die Finanzplanung bis 1999 sind reine Schaurechnerei

(Beifall bei der CDU)

und somit nichts anderes als Makulatur - nicht nur, weil man den Haushalt 1996 kaum noch mit

dem Haushaltsplan 1995 vergleichen kann, sondern auch, weil schon jetzt feststeht, daß er nicht ausgeglichen ist. (C)

Die Steuereinnahmen sind, wie aufgezeigt, zu hoch angesetzt. Statt wie andere SPD-geführte Länder frühzeitig eine Haushaltssperre zu erlassen, wird in tage-, wochen- und monatelangen Gesprächen ein Nachtragshaushalt diskutiert. Kaum ist dieser verabschiedet, da wird er durch die viel zu spät erlassene Haushaltssperre für null und nichtig erklärt und ist somit ebenfalls Makulatur. Diese Verfahrensweise scheint ja mittlerweile zur schlechten Angewohnheit auszuarten.

Zweitens. Mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen des Jahres 1996 wird durch den Personaletat verbraucht. Von dem beschlossenen Stellenabbau in Höhe von 22 000 Stellen werden gerade einmal lächerliche 400 Stellen im Jahr 1996 abgebaut, natürlich im wesentlichen bei den kleinen Beamtenstellen im einfachen und mittleren Dienst. Das nenne ich eine stramme Leistung, Herr Finanzminister.

Anstatt hier Vorbildfunktion wahrzunehmen und Stellen bei den Ministerien abzubauen, wurden dort gerade im verabschiedeten Nachtragshaushalt noch zusätzliche 30 Stellen geschaffen. Müssen wir uns denn da noch wundern, daß das Verzicht auf Bürgerebene so schwer zu vermitteln ist? Die schauen doch nach oben, die schauen doch hierher, um zu sehen, wie es bei uns gemacht wird, das Einsparen und das Gürtel-enger-Schnallen. (D)

Beides, Stellen streichen im einfachen und mittleren Dienst sowie Schaffung hoch dotierter Stellen in Ministerien, passen nicht zusammen.

(Beifall des Lothar Hegemann [CDU])

Da haben Sie dem Bürger einmal wieder in vorbildlicher Weise demonstriert, wie hier gespart wird. Die CDU wird bei den anstehenden Beratungen einen Stellenabbau fordern, der die Landesregierung zwingen soll, vier Ministerien aufzulösen und hierbei ebenso professionell wie schnell mit dem Stellenabbau zu beginnen. Ich weiß wohl: Beides sind hier nicht Ihre stärksten Eigenschaften.

Drittens. Die Landesregierung hält sich wieder einmal schadlos an den Kommunen. Von der gegebenen Zusage an die Städte und Gemeinden, sie in den nächsten fünf Jahren nicht zusätzlich weiter zu belasten, wird schon in diesem Haushaltsplan abgewichen. Mit über 300 Millionen DM

(Diegel [CDU])

- (A) befrachten Sie das GFG und damit jede einzelne Kommune erneut.

(Beifall bei der CDU)

Wie wahr ist hier der Spruch von Herrn Rau, den ich in moralischer Hinsicht immer wieder gern zitiere: "Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen."

(Beifall bei der CDU)

Die CDU fordert die Landesregierung dazu auf, sich endlich an die Seite der Kommunen zu stellen, zu helfen und zu ihren Versprechen zu stehen.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Die CDU-Fraktion kann Ihr großartig angekündigtes Investitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" nirgendwo erkennen

(Beifall bei der CDU)

- und dies, obwohl der Herr Ministerpräsident, Herr Schleußer, die Koalitionsvereinbarung eindeutige Aussagen machen. Die Koalitionsvereinbarung vom 1. Juli 1995 besagt:

"Die Landesregierung wird ein alle Ressorts umfassendes 'Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt' auflegen."

- (B) Bestätigt wurde mir das auf meine Kleine Anfrage vom 22. August, wonach die Landesregierung in dem Haushaltsaufstellungsverfahren 1995, sprich: Nachtrag, beziehungsweise 1996 bei den Beratungen nach der Sommerpause entscheiden wird. Ich stelle fest: Beides ist nicht geschehen.

(Beifall bei der CDU)

Und wiederum heißt es in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Rau am 12. September 1995:

"Kristallisationskern aller Ansätze zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung in dieser Legislaturperiode ist das Zukunftsinvestitionsprogramm 'Arbeit und Umwelt'."

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, wo ist es denn?)

Weil ich es auch nicht entdecken konnte, habe ich eine weitere Kleine Anfrage zur Auffindung dieses Programms gestellt. Darauf bekomme ich am 27. November folgende wirklich interessante und bemerkenswerte Auskunft:

"Hinsichtlich des Beginns der Programmdurchführung ist ein genauer Zeitpunkt nicht bestimmt." (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Hört, hört!)

Ich halte mich mit einer persönlichen Bewertung zurück; aber feststellen kann man: Das ist der erste Abschied auf Raten; das ist das Aha-Erlebnis, das wir als Abgeordnete hier haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister spricht letzte Woche bei der Einbringung dieses Haushalts wiederum davon:

"Übergeordnet ist dabei das Zukunftsinvestitionsprogramm 'Arbeit und Umwelt'. Nach Vorstellung der Landesregierung soll dieses Programm Kristallisationskern aller Ansätze ... sein."

Da wird, meine Damen und Herren - und das ist mein Fazit -, mit großem medialem Einsatz das Programm als der Schwerpunkt der Legislaturperiode, als das Kristallisationsprogramm der ökologischen und ökonomischen Erneuerung gepriesen, mehrmals herausgestellt. Da werden Abgeordnete, die auf den großen Wurf zur Verbesserung der Umwelt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sehnlichst warten, monatelang vertröstet oder offenbar falsch informiert. Da schaut man wirklich gespannt in den Haushaltsplan 1996 und ist enttäuscht, ja, ist entsetzt, weil das Programm schlichtweg nicht zu finden ist, weil keine Position, kein Wort, keine DMark dazu zu finden ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nur Schönrederei, Herr Finanzminister; das ist nichts anderes als ein Phantom!

Sie, Herr Finanzminister - und seien Sie sich bitte darüber im klaren! -, verstoßen damit nicht nur gegen § 50 Absatz 4 Haushaltsgrundsätzegesetz, wonach Investitionsschwerpunkte zu erläutern und zu begründen sind. Was können Sie begründen, was wollen Sie begründen, wenn es kein solches Programm gibt?

(Beifall bei der CDU)

Sie haben mit diesem Programm "Arbeit und Umwelt" vielmehr nichts anderes als eine Mogelpackung geschaffen.

Aber statt dieses Kristallisationskerns für das Land Nordrhein-Westfalen stellen wir fest, daß offensichtlich einige grüne Positionen aus der

(Diegel [CDU])

- (A) Koalitionsvereinbarung Eingang finden: Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates, Förderung von Schwulen- und Lesbenverbänden, Taschengeld für Abschiebehäftlinge und so weiter und so weiter. Meine Damen und Herren, dazu sagen wir klar: Das sind nicht unsere vordringlichen Probleme! Das können wir uns angesichts der Schulden überhaupt nicht erlauben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Das ist auch sicher kein Kristallisationskern, den wir hier im Haushaltsplan wiederfinden. Unsere Politik ist das jedenfalls nicht!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wo bleibt denn bei allen unterschiedlichen Meinungen eigentlich die immer wieder in Aussicht gestellte Entlastung der Bürger? Merkwürdig ist eines: Zwar haben sich die Koalitionspartner in ihrer Vereinbarung darauf verständigen können, daß zusätzliche Aufgaben finanziell weder zu Lasten des Landes noch der Kommunen gehen sollen, wovon sie jetzt schon wieder abweichen. Jedoch ist an keiner Stelle des 198 Seiten starken Koalitionspapiers die Rede davon, daß neue Aufgaben des Landes nicht zu Lasten der Bürger gehen sollen. Das muß uns doch alle nachdenklich stimmen!

- (B) In den Haushaltsberatungen werden wir daher nicht nur Fragen stellen, sondern auch die mit allen unseren Ressorts abgestimmten Alternativen aufzeigen. Wir werden den Verkauf der WestLB, dem Sie ja auch nicht mehr abgeneigt sein sollen, Herr Finanzminister, wieder zum Antrag erheben,

(Lachen des Ministers Heinz Schleußer)

eigene Schwerpunkte setzen und auf eine Schuldenminimierung drängen.

Ich freue mich schon auf unsere Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Diegel. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Trinius das Wort.

Reinhold Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit einer größeren Verzeichnung des Landes Nordrhein-Westfalen

hat noch kein finanzpolitischer Sprecher der CDU-
Opposition eine Haushaltsrede begonnen als heute der Kollege Diegel. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Er hat uns weismachen wollen, als ob das Land Nordrhein-Westfalen staatliche Betriebe fördere, um damit freie Unternehmen vom Markt zu verdrängen. Einen solchen Unfug habe ich überhaupt noch nicht gehört.

(Beifall bei der SPD)

Das hat mit der Wirklichkeit unseres Landes schlichtweg nichts zu tun.

In den nächsten Tagen wird der Wirtschaftsminister eine große Gründungsoffensive starten unter dem Motto: Unternehmer braucht das Land!

(Peter Bensmann [CDU]: Ohne eine Mark in der Hand!)

- Darauf komme ich gleich gerne zurück, Herr Kollege, "Unternehmer braucht das Land!" Nun muß man sich einmal ansehen, was wir im Land Nordrhein-Westfalen für unseren Mittelstand tun.

(Zuruf von der CDU: Gar nichts!)

Das erste: Der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen ist inzwischen das Rückgrat der Beschäftigung.

(Peter Bensmann [CDU]: War er schon immer gewesen!) (D)

Es hat sich ein Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen vollzogen, den auch die Opposition nicht, wegen der Politik, sondern wegen der Menschen, die das fertiggebracht haben, einmal zur Kenntnis nehmen, einmal anerkennen sollte. 80 % der Ausbildungsplätze werden von kleinen und mittleren Unternehmen bereitgestellt. Das liegt weit über ihrem Beschäftigungsanteil.

Der Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen

(Herbert Reul [CDU]: ... daß es sie gibt!)

sind es gewesen, die einen Ausgleich bei einem Wegbrechen von 500 000 Arbeitsplätzen in der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in den großen Unternehmen, geschaffen haben. So allein konnten 700 000 Arbeitsplätze in anderen Bereichen entstehen.

Nun will ich einen kurzen Blick in den Haushalt werfen, den Sie an einigen Stellen manchmal sogar aufgeschlagen haben, Herr Kollege. Wenn Sie die Seite A 22 nehmen, werden Sie feststellen -

(Trinius [SPD])

(A) Kollege Bensmann sagte ja eben, das würde ohne Geld gemacht -, was denn für den Mittelstand vorgesehen ist:

Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes: 780 Millionen DM. Das sind 20 Millionen DM mehr als im Jahre 1995. Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes zusammen mit der Europäischen Union: weitere 400 Millionen DM.

Wenn Sie das Technologieförderungsprogramm nehmen, das weitgehend dem Mittelstand zugute kommt,

(Laurenz Meyer [CDU]: Das sind weniger als im letzten Jahr!)

sind das 180 Millionen DM, die hinzukommen. Das macht insgesamt - wesentlich auf den Mittelstand bezogen - für das Jahr 1996 1,36 Milliarden DM.

(Laurenz Meyer [CDU]: Im Vergleich zum Vorjahr? - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Welch ein Rückgang!)

Fast 90 Prozent der Wirtschaftsförderung kommen dem Mittelstand, den kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wieviel Rückgänge, Herr Trinius?)

(B) Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, sonst reden Sie an der Wirklichkeit sowohl des Landes als auch der Haushaltspolitik Nordrhein-Westfalens vorbei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kollege Linssen, Ihre Aufregung kann ich nur dahin gehend verstehen: Sie hielten gerne an dem vor vielen Jahren einmal gefaßten Vorurteil fest, die Landespolitik, die Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens kenne und begünstige nur Großunternehmen.

Dieses Urteil ist spätestens seit der Wirtschaftspolitik von Reimut Jochimsen absolut falsch. Seit etwa 15 Jahren fördern wir verstärkt den Mittelstand. Wenn Sie gerne an diesem Vorurteil festhalten wollen, es sei anders, bitte sehr, aber dann reden Sie an der Wirklichkeit vorbei.

Der Finanzminister hat den Entwurf des Haushalts 1996 hier eingebracht. Eine frühere Einbringung war sicherlich nicht möglich. Das hat mit den

Wahlen zu tun. Aber ich finde, es ist auch erforderlich, ihn jetzt einzubringen und ihn bis zum März nächsten Jahres zu verabschieden, damit unsere Kommunen, aber auch die Landespolitik insgesamt eine sichere Grundlage haben. (C)

Hier ist die Einnahmenseite wie auch die Ausgabenseite angesprochen worden. Herr Kollege zur Ausgabenseite zunächst einmal ein paar Bemerkungen: Was wir seitens des Bundes bisher erlebt haben, was die Berechnung von Gesetzen für Länder und Kommunen betrifft, ist weitgehend abenteuerlich gewesen. Man kann vom Bundesgesetzgeber und dem Bundesfinanzminister eigentlich erwarten, daß Änderungsgesetze in ihren Auswirkungen auf Länder und Gemeinden berechnet werden und daß da nicht eine grobe Daumenpeilung stattfindet.

Wir haben abenteuerliche Erfahrungen beim Betreuungsgesetz machen müssen. Wir machen sie Jahr für Jahr beim Unterhaltsvorschußgesetz. Fragen Sie ihre Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß. Das ist schon schlimm.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Aber die Seite der Ausgaben, die der Finanzminister bisher vorgesehen hat, ist außerordentlich korrekt in der Mittelfristigen Finanzplanung geschätzt worden. (D)

Herr Kollege Diegel, Sie haben darüber hinweggeredet, als ob Sie das nie zur Kenntnis genommen hätten und nicht zur Kenntnis nehmen wollten.

Die Ausgaben für 1994 - diese Zahlen haben wir als Ist-Zahlen - tauchen in der mittelfristigen Finanzplanung zum ersten Mal 1990 auf. Die Ausgaben, die in der mittelfristigen Finanzplanung geschätzt, angenommen worden sind, sind punktgenau so eingetroffen. Das heißt, das Ziel ist im Jahr 1994 genau erreicht worden.

Wir können die Ausgabenseite bestimmen, weniger die Einnahmenseite. Sie haben, Herr Kollege Diegel, Sie haben von der Verschuldung gesprochen. In der Mittelfristigen Finanzplanung war der Wert von 116 Milliarden DM am Ende des Haushaltsjahres 1994 vorgesehen. Das war die Mittelfristige Finanzplanung, die 1994 zum ersten Mal auftaucht.

Das ist der Verschuldung lag dann bei 111 Milliarden DM. Das heißt, wir sind bei der Schuldenaufnahme insgesamt um 5 Milliarden unter dem, was die mittelfristige Finanzplanung für möglich oder erforderlich gehalten hatte, geblieben.

(Trinius [SPD])

- (A) Sie müssen das dazu sagen, weil das ein Ausweis für die Solidität der Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ist.

(Oho-Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Da lachen ja die Hühner!)

Der Finanzminister hat Ihnen in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gesagt, er gehe davon aus, daß auch die vorgesehene Verschuldungshöhe im Jahr 1995 unterschritten werde. Ich glaube, das wird so eintreten.

Nun ist hier von der Haushaltssperre die Rede gewesen, die für das Jahr 1995 verhängt worden ist, und Sie haben beklagt, daß dies so spät erfolgt sei. Sie haben darauf hingewiesen, daß andere Länder das früher getan hätten. Sie kennen den Grund für die Verhängung der Haushaltssperre. Das ist die entscheidende Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen im Länderfinanzausgleich, genauer gesagt: Das sind Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen zugunsten des Aufbaus der fünf neuen Länder.

Da war im Soll für das ganze Jahr eine Größenordnung von 2,3 Milliarden DM vorgesehen. In der Oktober-Schätzung wird erklärt, Nordrhein-Westfalen werde für das ganze Jahr 1995 2,2 Milliarden DM aufbringen müssen, 100 Millionen DM weniger als im Soll veranschlagt.

- (B) Am 20. November erhält dann aufgrund der Ergebnisse des dritten Quartals in allen Ländern der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen einen Brief des Bundesministers der Finanzen, das Land Nordrhein-Westfalen müsse für die ersten drei Quartale mit 2,3 Milliarden DM geradestehen - für die ersten drei Quartale! Das heißt, das Land Nordrhein-Westfalen kann wohl damit rechnen, für das vierte Quartal noch einmal mit 800 Millionen DM oder mit 900 Millionen DM herangezogen zu werden.

Während man also noch Ende Oktober davon ausging, daß der Ansatz reichen würde, vielleicht sogar unterschritten würde, wird vier Wochen später mitgeteilt, der Ansatz des Haushalts reiche gerade für die ersten drei Quartale. Das sind unvorhergesehene Dinge, die ich hier niemandem anlasten will. Aber darauf hat der Finanzminister reagiert. Sonst hätte er keinen Anlaß gehabt, eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verhängen. Das müssen Sie hier ehrlicherweise dazu auch sagen.

Nun erklärt der Finanzminister, er sei gern bereit, die Werte des Haushalts auf der Einnahmenseite

zu verändern, zu korrigieren, jedoch erst auf der Basis verlässlicher Zahlen. Da will er natürlich das Ergebnis des vierten Quartals dieses Jahres haben, d. h. die gesamten steuerlichen Einnahmen aller Länder auch vergleichen können, um zu ermitteln und um darstellen zu können, in welcher Größenordnung vielleicht erneut Überraschungen auf das Land Nordrhein-Westfalen zukommen könnten. (C)

Ich halte es für richtig, daß der Finanzminister wie in allen anderen Ländern auch auf der Basis der Steuerschätzungen vom Mai seinen Haushalt einbringt und die Korrekturen in einer ordentlichen Ergänzungsvorlage dann spätestens zur zweiten Lesung des Haushalts vornehmen wird, wenn alle Daten auf dem Tisch sind, so daß wir wirklich kassenwirksam veranschlagen können, und zwar auch auf der Einnahmenseite, wozu wir im übrigen nach § 11 der Landeshaushaltsordnung verpflichtet sind.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt der Steuerschätzung hinweisen! Sie haben gesagt, da sei ja auch das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt. Das ist richtig. Aber, Herr Kollege, wenn es um Änderungen von Steuerrecht geht, dann ist allein der Bundesfinanzminister verpflichtet zu rechnen, wie sich eine solche Steuerrechtsänderung auswirkt. (D)

Da ist nun in der Tat etwas Abenteuerliches passiert. Das Jahressteuergesetz - so die Berechnungen des Bundesfinanzministers - sollte sich auf die öffentlichen Haushalte mit einem Minus bei den Einnahmen von 45 Milliarden DM auswirken. Herausgekommen ist nach erneuten Nachrechnungen: Nicht 45 Milliarden DM, sondern 75 Milliarden DM! Das bedeutet, daß hier eine Fehlrechnung vorgelegen hat. Hier geht es nicht um Schätzungen, sondern um die Berechnung von Auswirkungen. Hier hat eine Fehlschätzung, eine Fehlrechnung im Umfang von 30 Milliarden DM vorgelegen. Das müssen Sie schon dem Bundesfinanzminister ankreiden und niemandem sonst.

Der Entwurf des Haushalts 1996 hat ein Volumen von knapp 87 Milliarden DM. Er sieht eine Nettokreditermächtigung im Umfang von knapp 6 Milliarden DM vor. Damit wird genau das eingehalten, wozu sich die Koalitionspartner in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet haben: die Nettokreditermächtigung im Jahre 1996 nicht über 6 Milliarden DM ansteigen zu lassen, damit das Ziel, 1 Milliarde DM Nettokreditermächtigung im Jahre 2000, erreicht werden kann.

(Trinius [SPD])

- (A) Für uns ist dieser Konsolidierungspfad unerlässlich; denn nur wer die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortsetzt, kann überhaupt politisch den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen begleiten, sowohl ökologisch wie ökonomisch wie auch sozial. Sonst geht das nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das Wort "Konsolidierung" ist ein Fremdwort.)

Die Mittelfristige Finanzplanung - lassen Sie mich darauf einen Blick werfen, weil ich sie für außerordentlich wichtig halte - auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 1995 mußte die Einnahmenseiten für 1996 noch einmal um 1 Milliarde DM, für 1997 um 2 Milliarden DM, für 1998 um 2,5 Milliarden DM zurücknehmen.

Zurücknehmen! - Daß das nicht höher ausgefallen ist, Herr Kollege, liegt daran, daß die Mittelfristige Finanzplanung des Vorjahres schon Vorsorge in einer Größenordnung von 1,25 Milliarden DM pro Jahr getroffen hatte. Hätten wir das nicht getan, hätten wir die Ansätze für die steuerlichen Einnahmen für 1996 nicht um 1 Milliarde DM, sondern um 2,2 Milliarden DM zurücknehmen müssen. Dann ständen wir vor Problemen, die Sie hier fälschlicherweise gezeichnet haben. Das bedeutet: Es ist gelungen, jedenfalls in der mittelfristigen Projektion, steuerliche Mindereinnahmen im Umfang von 10,5 Milliarden DM so zu verkraften, daß die Nettokreditermächtigungslinie nicht erhöht, nicht verlassen werden mußte. Das halte ich für eine außerordentliche Leistung. Erbracht und erwirtschaftet werden muß das natürlich alles zum erstenmal im Haushalt 1996.

- (B) Wenn Sie denn noch eine Zahl interessiert, von der Sie im Zusammenhang mit den Steuerschätzungen gesprochen haben: Wenn im Oktober 1995 plötzlich herauskommt, es müsse mit weiteren Minuseinnahmen von 26 Milliarden DM im Jahre 1995 und mit weiteren 29 Milliarden DM im Jahre 1996 gerechnet werden, Herr Kollege, dann zeigt das, wie unsicher die Annahmen sowohl auf der Steuerrechtsseite wie auch bei der Konjunkturannahme seitens des Bundeswirtschaftsministers tatsächlich sind.

Das Ziel bei der Nettokreditermächtigung ist eindeutig. Die Gesamtausgaben, Herr Kollege Diegel, für die Jahre der Mittelfristigen Finanzplanung sollen jahresdurchschnittlich um 2,75 % steigen. Damit bleiben sie immer deutlich unter der Marke von 3 %, die im Finanzplanungsrat für die öffentliche Hand festgelegt worden ist.

Dann kommt die andere wichtige Seite hinzu. Wir gehen davon aus, daß die Einnahmen sich jahresdurchschnittlich um 4,3 % erhöhen. Das heißt, in dieser Spanne zwischen 4,3 jahresdurchschnittlich auf der Einnahmenseite und 2,75 auf der Ausgabenseite liegt der Pfad der Konsolidierung. In diesem Bereich kann überhaupt politischer Handlungsspielraum für das Land Nordrhein-Westfalen erhalten oder zurückgewonnen werden.

Sie haben die Investitionsquote kurz angesprochen, die ja für die Arbeitsplätze im Lande außerordentlich wichtig ist. Ich will sie hier kurz nennen. Wir haben 1995 eine Investitionsquote, die bei 11,5 % liegt. Wir werden eine Investitionsquote im Jahre 1999 von 10,9 % haben. Das ist ungefähr der gleiche Anteil am Gesamthaushalt.

Aber man muß daran erinnern, daß die Aussagekraft der Investitionsquote damit nicht vollständig ist. Sie enthält gewisse Fehler. Das heißt, eine Unterschätzung der tatsächlichen Investitionsleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen muß man da zur Kenntnis nehmen. Denn in der Investitionsquote sind nicht enthalten all jene Zuweisungen des Bundes im Zusammenhang mit der Bahnstrukturreform, die investiv an die Gemeinden zu 100 % weitergeleitet werden. Das heißt, die investiven Anstöße im Land Nordrhein-Westfalen liegen weit höher als es die Investitionsrate vermuten läßt.

Zweitens: All das, was wir an investiven Maßnahmen über Kreditplafonds fördern, die insbesondere von der Investitionsbank gewährt werden und von ihr geführt werden, alle diese Leistungen erscheinen ebenfalls nicht in der Investitionsquote des Landes Nordrhein-Westfalen. Das gleiche gilt für den Wohnungsbau, soweit Wohnungsbauförderungsmittel aus eigenem Vermögen, aus eigenen Mitteln der Wohnungsförderungsanstalt bereitgestellt werden. Dies wird man mit berücksichtigen müssen, wenn man zu einer verlässlichen und realistischen Einschätzung der Investitionsleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen kommen will.

Sie haben auf das Programm "Arbeit und Umwelt" hingewiesen. Das ist ein ganz entscheidendes Programm des Landes Nordrhein-Westfalen. Aber jede Aussage dazu ist unvollständig, wenn Sie nicht mit erwähnen, daß dies ein Kristallisationskern ist und daß für dieses Programm nicht neues Geld bereitgestellt wird, sondern daß vorhandene Programme Zug um Zug so umgestellt

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

(A) werden sollen, daß dem Gedanken "Arbeit und Umwelt" zunehmend Rechnung getragen wird.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Es ist dann gleichgültig, ob es sich dabei um die Förderung von Niedrigenergiehäusern handelt oder um die Beseitigung von Umweltschäden oder um die Akzentsetzung, die etwa die Umweltministerin bei der Wasserwirtschaft aufzeigt.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein, es ist immer ausdrücklich gesagt worden: Wir konzentrieren die Mittel, die wir haben, auf diese wichtige Aufgabe.

(Zuruf des Leo Dautzenberg [CDU])

Sie können ja nun nicht auf der einen Seite beklagen, das Land Nordrhein-Westfalen mache zu viele Schulden, hier würde zuviel Geld ausgegeben, und gleichzeitig beklagen, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen die vorhandenen Mittel auf jene Aufgaben konzentrieren, die für die Fortentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen entscheidend sind.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Trinius, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dautzenberg?

(Reinhold Trinius [SPD]: Ja!)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte, Herr Kollege Dautzenberg!

Leo Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Trinius, wenn Sie betonen und dies auch der Finanzminister betont hat, daß gerade mit diesem Programm effizienter und intelligenter der Einsatz der Mittel erfolgen soll: War das denn in der Vergangenheit nicht der Fall? Wo findet man denn im Haushalt die jeweiligen Haushaltsstellen für dieses Programm?

Reinhold Trinius [SPD]: Herr Kollege Dautzenberg, das ist ja nun einmal das alte Leiden: Wenn ein Programm in die Welt gesetzt worden ist, dann entwickelt es eine Lebenskraft, die über 20, 30, 40 Jahre geht. In dieser Zeit mag sich an der Notwendigkeit eines solchen Programms jeweils sehr, sehr viel geändert haben. Die Gründe können entfallen sein. Aber es entwickelt eine Selbständig-

keit, die sich nachher schon fast der Kontrolle entziehen könnte. Deswegen haben wir ja Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Programmwirksamkeit untersuchen. Es geht um die Frage: Leisten einmal mit guter Absicht eingeführte Programme heute noch das, wofür sie einmal gedacht worden sind? Haben solche Programme zwischenzeitlich ihre Aufgabe erfüllt? Wenn ja, dann sollen sie eingestellt werden. Oder muß man die Akzente in den vorhandenen Programmen anders setzen? Das ist eine notwendige Maßnahme, mit der man den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen begleiten kann und begleiten muß.

(Beifall der Alexandra Landsberg [GRÜNE])

Deswegen halte ich es für gut, daß wir alle Programme des Landes Nordrhein-Westfalen auf den Prüfstand stellen. Dabei ist ein Prüfungskriterium, wieweit solche Programme denn beschäftigungswirksam sind, wieweit solche Programme neue Umwelttechniken fördern, wieweit solche Programme helfen, energiesparende Maßnahmen durchzusetzen und zu fördern, wieweit solche Programme helfen, neue Techniken zu entwickeln. Das halte ich für gut. Deswegen ist der Arbeitstitel "Arbeit und Umwelt" als Kristallisationskern ein guter Arbeitstitel, weil er auch zukunftssträchtig ist. Darauf kommt es bei solchen Förderungsprogrammen ganz entscheidend an.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat in seiner Einbringungsrede zwei Schwerpunkte gesetzt. Der eine Schwerpunkt lautete: Wir müssen die Arbeitslosigkeit bundesweit bekämpfen. Er hat deswegen - wie auch schon vor einem Jahr - einen "Pakt für Arbeit" eingefordert. Der andere Schwerpunkt betraf die Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik insgesamt.

Lassen Sie mich zum ersten Punkt, dem Pakt für Arbeit, sagen: Ich mache die Beobachtung, daß offensichtlich die Vorstöße der evangelischen und der katholischen Kirche vom vorigen Jahr Früchte tragen. Wir müssen uns an dieser Diskussion beteiligen, als Parlament, als Partei, wo auch immer wir stehen..

Darüber hinaus habe ich den Eindruck, daß der Vorstoß von Klaus Zwickel von der IG Metall anfängt, auf fruchtbaren Boden zu fallen. Ich habe den Eindruck, daß sein Vorschlag nicht nur vom Bundeskanzleramt - also der politischen Seite -, sondern auch von der Arbeitnehmerseite ernst-

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

- (A) genommen wird. Auf eines muß man allerdings hinweisen: Der Vorschlag von Klaus Zwickel ist als ein zusammenhängendes Paket zu verstehen. Er ist als ein integrierter Vorschlag zu verstehen, und eines darf nicht gemacht werden: Man darf sich aus diesem Vorschlag nicht die eine oder andere Sache herauspicken. Dann verliert dieser Vorschlag nämlich seinen sozial- und beschäftigungspolitischen Sinn.

Diese Gefahr sehe ich allerdings gegenwärtig in manchen Stellungnahmen von seiten der Arbeitgeber, wenn auch nicht allen. Deswegen werden wir als Politiker und politische Parteien darauf achten müssen - ich hoffe, daß das die Kirchen genauso aufmerksam tun -, daß dieser Pakt in seiner Gesamtheit verstanden und nach Möglichkeit umgesetzt wird. Den Nachrichten von heute morgen entnehme ich, daß der DGB inzwischen anregt, das, was für den Metall-Bereich vorgeschlagen worden ist, auf andere Branchen auszuweiten. Man wird im einzelnen prüfen müssen, wie das zu bewerkstelligen ist; aber ich glaube, daß das der entscheidende Punkt ist.

Denn wie wir mit den Arbeitslosen umgehen, wird die entscheidende Frage für die Gesellschaft der Bundesrepublik insgesamt sein. Wir haben bundesweit eine Unterbeschäftigung von etwa 7 Millionen Menschen. Das ist natürlich mehr, als jede Arbeitslosenstatistik unmittelbar erkennen läßt.

- (B)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Mit einem Zitat will ich auf eine letzte Stellungnahme der Evangelischen Kirche zum Problem der Arbeitslosigkeit hinweisen. Dort zitiert sie aus der Apostellehre des zweiten Jahrhunderts nach Christi Geburt einen sehr schönen Satz.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt sollte die christliche Partei zuhören!)

"Wenn aber Fremdlinge zu Euch in die Gemeinde kommen, und sie verstehen etwas von ihrem Handwerk, so tut alles dafür, daß sie nicht arbeitslos sind."

Das war eine Regel der Apostellehre aus dem zweiten Jahrhundert nach Christi Geburt. Ich halte diesen Hinweis für wertvoll. Der Gedanke, daß arbeiten zu können zur Menschenwürde gehört, ist dort offensichtlich schon erkannt worden. Wir alle sollten uns diesem Grundgedanken verpflichtet fühlen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Früher habe ich auf DGB-Kundgebungen zum 1. Mai gehört: "Vollbeschäftigung", "Arbeit für alle" und "Ein Arbeitsloser ist ein Arbeitsloser zu viel!" Das habe ich lange nicht mehr gehört. Ich habe in letzter Zeit aber auch keine Denkschrift mehr in die Finger bekommen, die die Vollbeschäftigung in unserem Lande so eindeutig und erneut fordert, wie die letzte Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich empfehle sie nachdrücklich allen zur Lektüre. Das ist eine der interessantesten Schriften, die in der letzten Zeit aufgelegt worden sind. Ich glaube, daß sich die Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" mit einer Reihe dieser Vorschläge beschäftigen müssen. Das ist übrigens ein Papier, das nicht bloß aus dem kirchlichen Raum heraus entstanden ist, sondern an dem sind Unternehmer und Gewerkschaftler - aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund u. a. Ursula Engelenkefer - beteiligt gewesen.

Was Sie sich jetzt in Bonn allerdings leisten, ist ein Abenteuer, das den Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland in seiner Entwicklung ganz entscheidend zurückzuwerfen droht. Ich höre, daß Sie in der Koalition darüber reden, ob man nicht die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle abschaffen oder einschränken soll.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Unverschämtheit!) (D)

Das, was Sie damit vorhaben, trifft die Würde der arbeitenden Menschen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Während des Streiks der IG Metall in Schleswig-Holstein, der sich seinerzeit über viele Wochen hinzog, ging es nicht um bares Geld,

(Helmut Diegel [CDU]: Reden Sie doch einmal zum Thema!)

sondern darum, daß ein Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft genauso angesehen und anerkannt wird, in seiner Würde respektiert wird wie jeder Angestellte oder Beamte im öffentlichen Dienst oder wo auch immer. Allein darum ging es.

Wer die Ehre der Arbeitnehmer verletzt, fügt dem Sozialstaat und dem Zusammenhalt der Gesellschaft einen kaum wiedergutzumachenden Schaden zu. Ich warne Sie davor, in diese Richtung überhaupt weiterzudenken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Hans Peter Lindlar [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Thema!)

(Trinius [SPD])

- (A) Der Finanzminister hat in seiner Rede darauf hingewiesen, wie sich in der letzten Zeit in der Bundesrepublik die Abgabenquote entwickelt hat. Er weist darauf hin, daß wir zur Zeit eine Abgabenquote haben, die bezogen auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung über 44 % liegt. Seit 1990 ist sie von seinerzeit 41 % auf jetzt 44 % gestiegen. Wir haben damit einen Rekord und die Belastungsgrenze erreicht.

Diese Abgabenquote muß man sich genauer ansehen, um prüfen zu können, ob gerecht verteilt worden ist oder nicht. Zum einen haben wir die Steuerquote. Herr Kollege Linssen, die Steuerquote erreicht im Jahre 1996 mit 23 % den niedrigsten Wert seit 1960. Die Sozialbeitragsquote zum anderen steigt auf etwa 20 % und erreicht damit den höchsten Wert, den wir jemals gehabt haben. Und sie steigt übrigens bereits seit 1990.

Das läßt erkennen, daß die Finanzierung aller öffentlichen Aufgaben ungerecht bewerkstelligt wird. Einen Großteil gesamtstaatlicher Aufgaben - das hat mit der Herstellung der deutschen Einheit zu tun - finanzieren Sie über Beiträge der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das heißt: Nur ein Teil der Bevölkerung wird zur Finanzierung einer gesamtstaatlichen, nationalen Aufgabe herangezogen.

- (B) (Widerspruch bei der CDU)

- Aber, Herr Kollege, ich halte es für einen ganz entscheidenden Beitrag, daß Sie als CDU hier einmal erklären, wie Sie es mit der ungerechten Verteilung der Steuerquote und Sozialbeitragsquote im Lande und in der Bundesrepublik Deutschland halten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - (Heinz Hunger [SPD]: Richtig!)

Wenn man die Lasten fast ausschließlich auf diese Schultern verteilt, könnte man daraus ja ableiten, daß der Arbeitnehmerseite ein viel höheres politisches Recht zustünde, als ihr tatsächlich zugestanden wird.

Zu Personalstellen will ich nichts weiter sagen. Mein Kollege Walsken wird darauf eingehen. Wer aber einen kurzen Blick auf den Haushalt insgesamt wirft, wird feststellen, daß zwei Bereiche von den Kürzungen beim Personal ausgenommen sind - das ist zum einen der Schulbereich, zum anderen sehen Sie positive Auswirkungen auch im Hochschulbereich.

Sie haben dann ein paar Worte zu den Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen verloren. - Das steht

in einem schreienden Gegensatz zu dem, was Ihre Kollegen in den Lokalzeitungen verkünden. Kaum war der Gesetzentwurf zur Gemeindefinanzierung dem Landtag zugeleitet worden, sind die Kollegen von der CDU durch die Lokalredaktionen gelaufen und haben öffentlich mitgeteilt: An Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden im Kreis gebe es im Jahr 1996 für Petershagen soundsoviel mehr, für Bad Oeynhausen und Minden soundsoviel mehr; das war Herr Kollege Krömer. Das sah so aus, als hätten es die CDU-Abgeordneten erreicht, daß die Gemeinden in unserem Land Nordrhein-Westfalen 1996 mehr Schlüsselzuweisungen erhielten als im Jahr 1995. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch primitiv, Herr Trinius! - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD])

Hier stellt sich der Kollege Diegel hin und sagt, das Land finanziere sich zu Lasten der Kommunen.

(Helmut Diegel [CDU]: Stimmt doch!)

- Herr Kollege, erstens: Die Kommunen erhalten im nächsten Jahr 826 Millionen DM netto mehr. Nicht brutto!

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und was steht ihnen zu? Was steht ihnen zu, Herr Trinius? - Zuruf des Helmut Diegel [CDU]) (D)

Zweitens, Herr Kollege, zur höheren Beteiligung des Landes an der Lohn- und Einkommensteuer! Alles das, was jetzt zur Sicherung des Existenzminimums getan wird, was an steuerlicher Freistellung erfolgt und was an höherem Kindergeld gezahlt wird - der Familienleistungsausgleich -

(Helmut Diegel [CDU]: Das haben Sie gemacht, was?)

wird zu 74 % von Ländern und Gemeinden, nur noch zu 26 % vom Bund getragen. Was wir dafür an zusätzlichen Zuweisungen über die Umsatzsteuer erhalten, geben wir in voller Höhe, soweit die Gemeinden betroffen werden, an unsere Gemeinden punktgenau und detailliert ausgerechnet weiter.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist auch richtig! Das ist doch selbstverständlich! Hören Sie mal! Dafür rühmen Sie sich?)

- Also, bitte! Dann sagen Sie das dem Kollegen Diegel. Er scheint das nicht zu wissen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Trinius [SPD])

(A) Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene empfinden dieses Vorgehen Nordrhein-Westfalens als so vorbildlich,

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

daß sie es allen anderen Ländern zur Nachahmung empfehlen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen und Zurufe von der CDU)

Es ist ja auch gut und richtig, was das Land da tut. Es hat in dieser Frage auch nie Streit zwischen dem Kommunalminister und dem Finanzminister gegeben.

(Helmut Diegel [CDU]: Das wundert uns nicht!)

Was wir als Land über diese zusätzlichen Zuweisungen erhalten, das lassen wir vollständig der Verbundmasse zugute kommen. Die Gemeinden erhalten davon erneut 23 %. Das heißt, der Ausgleich erfolgt an zwei Stellen zugunsten der Gemeinden. Ich finde, das ist eine sehr, sehr gute Sache.

Meine Damen und Herren, unsere wichtigsten Ziele mit diesem Haushalt sind die Sicherung und der Ausbau des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel der ökologischen Erneuerung, und dies in sozialer Verantwortung.

(B)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich füge hinzu: Nur wer die Politik der Konsolidierung des Haushalts Nordrhein-Westfalen konsequent fortsetzt, wird in der Lage sein, die Zukunftsaufgaben für dieses Land zu begleiten. Nur der!

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das erzählt ihr in Bonn auch so! Erzählen Sie das mal Herrn Waigel!)

Dabei, meine Damen und Herren von der CDU, setzen wir keineswegs ausschließlich auf die Politik, sondern dazu gehört, daß wir unsere Unternehmer und unsere Erfinder ermuntern, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mit Rot-Grün!)

Wir fördern und begleiten sie. Wir wissen, wo die Grenzen des Staates liegen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, daß wir unsere Fachhochschulen und unsere Universitäten lebendig und frisch erhalten;

(C)

(Helmut Diegel [CDU]: Machen Sie mal!)

denn die Grundlagenforschung ist ein ganz wesentlicher Beitrag für die künftige technische Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen dazu machen.

Sie alle wissen, daß es internationale Spitzenleistungen in der Grundlagenforschung in Nordrhein-Westfalen gibt; das ist unbestritten. Sie alle wissen, daß in vielen Bereichen die Grundlagenforscher bis weit an die Entwicklung von Produkten herangekommen sind.

(Lothar Hegemann [CDU]: Und dann?)

Aber es hat an einer anderen Stelle gefehlt: Es fehlten Unternehmen, die bereit waren, Produktlinien zu entwickeln und auf der anderen Seite Märkte zu suchen oder zu entdecken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lothar Hegemann [CDU]: Gilt das auch für die Gentechnologie?)

So ist manches, was in Nordrhein-Westfalen in der Forschung entwickelt worden ist, anschließend als Produkt aus Japan auf den europäischen Markt zu uns zurückgekommen.

(D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Gentechnik!)

Deshalb sage ich: Sie dürfen bei weitem nicht alles von der Politik erwarten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Immer, wenn Sie versagen!)

Wir tun das nicht. Sondern es kommt darauf an, daß auch unser Bankgewerbe für solche neuen Entwicklungen aufgeschlossen ist und dafür Kapital bereitstellt. Das heißt Risikokapital und nicht allein die Abdeckung des Risikos durch die öffentliche Hand. Das ist ja der neue Sinn des Ausdrucks von Risikokapital - die einen stellen es bereit, die anderen, die öffentliche Hand, soll das Risiko tragen. Das gilt für die Unternehmenseite, das gilt für die Bankenseite.

Wir appellieren an die Kräfte in unserem Land, und in der Zusammenarbeit all dieser Kräfte und der politischen Seite liegt die Zukunft unseres Landes. In diesem Sinne: ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Bajohr das Wort.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: 30 Jahre SPD, jetzt geht's los!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Alles in allem gesehen ist die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

nie so schlecht gewesen wie jetzt,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

und es zeichnet sich keine Besserung ab.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sprechen wir über das Land?)

Das ist kein bündnisgrüner Vorwurf, obwohl wir uns dieser Bewertung durchaus anschließen können, das ist das vernichtende Fazit eines Kommentators der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die - wir wissen es alle - ja eher der Bundesregierung nahesteht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Zitiert ihr doch den "Spiegel"!)

(B) - Den zitieren wir dann, Herr Linssen, wenn vernünftige Sachen drinstehen. Das ist nicht selten.

Leider gehen die Gedanken des Kommentators - das muß ich zugeben - in eine ganz andere Richtung als unsere. Ihm ist die Wirtschaftspolitik und - das muß ich hinzufügen - die Finanzpolitik auch nach 13 Jahren marktradikaler Politik immer noch nicht hinreichend kapitalorientiert.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Marktradikale Politik?)

Uns hingegen reicht das vollauf, was die F.D.P. und Ihre Freunde, Herr Linssen, in Bonn in dieser Republik angerichtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen ging es doch von Anfang an darum, Einkommen, soziale Risiken, Einfluß auf staatliche Entscheidungen und gesellschaftliche Leitbilder von unten nach oben umzuverteilen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Falsch!)

Diese Umwälzung ökonomischer Machtpositionen, politischer Kraftverhältnisse und kultureller Hegemonie ist vorerst - ich betone: vorerst - gelungen. (C)

(Widerspruch bei der CDU)

Die Spielräume unkontrollierter Kapitalstrategien haben sich ausgeweitet. Die Einkommensverteilung hat sich deutlich zugunsten der Unternehmer und zu Lasten der Arbeitnehmer/innen in diesem Land verschoben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, lag der Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen - da können Sie ruhig zuhören - bei 73 %. Heute ist die bereinigte Lohnquote von 73 % auf 66 % gefallen. Elend hat sich in diesem Land ausgebreitet.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU)

Jedes achte Kind in Westdeutschland, jedes fünfte Kind im Osten wächst nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Armut auf.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Noch nie hat jemand die Lage so verzerrt gezeichnet!)

Die Massenarbeitslosigkeit, Herr Linssen, stellt immer neue Rekorde auf. Meine Damen und Herren, als der Landesvorsitzende der CDU, Herr Blüm, Arbeitsminister in Bonn wurde, gab es bundesweit - auch das waren zuviel - 1,8 Millionen Erwerbslose. Heute sind es in den alten Bundesländern 2,5 Millionen, und das trotz aller statistischen Tricks, mit denen in der Zwischenzeit an der Statistik herumgedoktert wurde, um den Skandal der Massenerwerbslosigkeit zu bagatellisieren. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Statt aber die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, bekämpft Schwarz/Gelb in Bonn die Arbeitslosen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Arentz?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Wenn sie denn weiterhilft, ja.

(Minister Dr. Michael Vesper: Dann würde ich sagen: nein! - Heiterkeit)

(A) **Herrmann-Josef Arentz (CDU):** Ob sie weiterhilft, Herr Kollege Bajohr, hängt vielleicht davon ab, ob Sie bereit sind, die Antwort zu geben.

Wenn Sie schon die Zahl der Arbeitslosen nennen, sind Sie dann bitte auch bereit, damit ein realistisches Bild entsteht, dem Hohen Hause zu sagen, wieviel mehr Arbeitsplätze wir seit 1982 haben und wie sich das Erwerbstätigenpotential in den alten Bundesländern verändert hat?

(Beifall bei der CDU)

Erst dann wird das Bild korrekt.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Kollege Arentz, das kann ich gerne hinzufügen: Die Arbeitsplatzzahlen haben sich ausgedehnt, allerdings unwesentlich,

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Herrmann-Josef Arentz [CDU]: 2 Millionen!)

vor allen Dingen dank Arbeitszeitverkürzungen und dank ungesicherter Teilzeitbeschäftigungen, ungeregelter Arbeiten usw.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das ist kein Verdienst, das ist kein voller Ersatz für das, was wir Vollbeschäftigung nennen. Die Arbeitslosen werden von dieser Bundesregierung bekämpft.

(B)

(Oh! bei der CDU)

Ich erinnere an die Kürzung der Übergangsgelder bei Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation,

(Heidi Berger [SPD]: Richtig!)

die Verschlechterung der Berechnungsgrundlagen für das Arbeitslosengeld, die Verlängerung der Sperrzeiten, die Einschränkung von Sozialplanansprüchen,

(Herrmann-Josef Arentz [CDU]: Warum haben Sie eigentlich dem Nachtragshaushalt in Nordrhein-Westfalen zugestimmt?)

Kürzungen bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Das sind nur einige Stichworte - man kommt ja in der Redezeit gar nicht durch - für das, was mein Kollege Kreutz als "Sozialterrorismus" der Bundesregierung gebrandmarkt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unter der Androhung des Knüppels "Arbeitslosigkeit" hat die konservative Regierung in Bonn so

ziale Schutzrechte rücksichtslos abgebaut. Ich nenne nur einige Beispiele: Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, befristete oder geringfügige Beschäftigung, Arbeitszeitflexibilisierung, kurz: die Deregulierung von Normalarbeitsverhältnissen.

(C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das verlangt doch Ihre Regierung dauernd!)

- Herr Linssen, 80 % der Menschen in diesem Land haben keinen normalen Arbeitsrhythmus mehr.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das verlangt Ihre Regierung doch permanent!)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Jetzt wird auch - Herr Kollege Trinius hat das schon gesagt - die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ins Visier genommen. Durch Verdrehung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in einen Anti-Streik-Paragraphen werden die gewerkschaftlichen Machtmittel gekappt. Tarifvertragliche Regelungen werden fortlaufend durchlöchert.

(Zuruf von der CDU)

- Das sind die Rahmenbedingungen für den Haushalt, unter denen wir hier arbeiten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eklatantestes Beispiel ist der von den Arbeitgebern in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie herbeigeführte Tarifbruch, an dessen Ende tarifliche Verschlechterungen für die Belegschaften standen. Seitdem wissen wir zumindest eines ganz genau: In diesem Land, unter dieser Bundesregierung zahlt sich Rechtsbruch für die Arbeitgeber aus.

(D)

Und was ist die Lehre, die die Menschen daraus ziehen? Die Lehre lautet: Rücksichtslose Konkurrenz und Selbstbehauptung um fast jeden Preis sind in dieser Gesellschaft nicht verwerflich, sie sind unverzichtbare Tugenden, um überhaupt noch durchzukommen. Mitmenschlichkeit und Solidarität gelten längst als Schwächen und fristen nur noch ein Schattendasein.

Die erschreckende Zunahme der Zahl und der Schwere von Gewalttaten gegenüber Ausländerinnen, in den Familien, auf den Schulhöfen dokumentiert das bereits eingetretene Ausmaß der Verrohung in dieser Ellenbogengesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Fragen Sie mal Frau Scheffler, was die dazu sagt!)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) Wen wundert es denn da noch, daß immer mehr Verzweifelte in den Konsum legaler und illegaler Drogen flüchten?

Im Gegensatz dazu, meine Damen und Herren, geht es insbesondere den großen Unternehmen trotz allen Gejammers blendend.

Seit vor eineinhalb Jahrzehnten eine Phalanx aus Bundesregierung und Bundesbank, Unternehmerverbänden, Sachverständigenrat und Wirtschaftsmagazinen begann, die Trommel zu rühren, um dynamischen Wettbewerb, Deregulierung, Flexibilisierung sowie Senkung der Unternehmenssteuern einzufordern, ist es mit den Gewinnen stetig bergauf gegangen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Die Nettoeinkommen der Unternehmen kletterten seit 1980 von 51 auf 180 Milliarden DM pro Jahr. Für den Arbeitsmarkt sind dabei nicht einmal Brosamen abgefallen.

Ihre Bundesregierung, Herr Linssen, ist auch gar nicht daran interessiert, den Arbeitsmarkt leerzufegen. CDU/CSU und F.D.P. in Bonn geht es doch hauptsächlich darum, die Rahmenbedingungen für die Realisierung maximaler Profite zu verbessern. Selbst der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung räumt in seinem neuesten Jahresgutachten ein, daß die Unternehmen - ich füge einmal ketzerisch hinzu: unter gleichzeitigem Absingen der Nationalhymne - arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen bevorzugen, Produktionen ins Ausland verlegen und immer häufiger auch Vorprodukte aus dem Ausland einkaufen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für viele Unternehmen, so berichtet die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht, sei es in den letzten Jahren rentabler gewesen, einen großen Teil des gewachsenen Cash flow zum Aufbau von Geldvermögen zu verwenden, anstatt in neue Sachanlagen und damit in Arbeitsplätze zu investieren.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Wer da generell von mangelnder Eigenkapitalausstattung der Unternehmen redet, sagt schlicht die Unwahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wer zusätzlich zu den seit 1982 fortlaufend vorgenommenen Steuergeschenken und Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen weitere

Steuersenkungen fordert - in der Diskussion ist jetzt die Abschaffung der Gewerbesteuer- und der Vermögensteuer -, der rüttelt nun wirklich an den Grundpfeilern unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was? - Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Wir lassen uns von der allgemeinen Hysterie nicht irritieren. Am sogenannten "Standort Deutschland" ist die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen von 34 % im Jahre 1980 auf inzwischen 18 % abgestürzt. Der Beitrag der Körperschaftsteuer am Gesamtsteueraufkommen ist von 13 % auf 5 % abgerutscht.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Hört, hört!)

Selbst das "Handelsblatt" wendet sich jetzt gegen die Behauptung - ich zitiere -:

"weitere Steuerentlastungen würden sich mittelfristig schon über mehr Wachstum finanzieren. Diese Rechnung ähnelt freilich dem berühmten Ritt über den Bodensee. Und der endete tödlich."

Dieser letale Ausgang droht vor allem der Umwelt, wenn nicht sehr bald entschieden gegen gesteuert wird. "Die Umweltfrage ist zur Überlebensfrage für die Menschheit geworden", hat Altbundespräsident Richard von Weizsäcker gesagt. Nur, meine Damen und Herren von der CDU, zieht die Bundesregierung keine Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. (D)

Wälder sterben, Arten verschwinden, Verkehrslawinen und Kohlendioxidemissionen steigen an. Die ökologischen Folgeschäden des Wirtschaftens in diesem Land nehmen exponentiell zu. Allein für die Bundesrepublik beziffert das Heidelberger Umwelt- und Prognoseinstitut die Umweltschäden auf fast 500 Milliarden DM pro Jahr.

Die Reparatur dieser Schäden wird immer kostspieliger. Das zeigt sich an den Aufwendungen, die beispielsweise für die Trinkwasseraufbereitung, für die Abfallbeseitigung oder für die sogenannte Entsorgung von Atomkraftwerken bis hin zum Abbruch dieser radioaktiv verseuchten Anlagen selbst erbracht werden müssen. Wir haben ja bekanntlich mit dem Abenteuer THTR auch in NRW in finanzieller Hinsicht unsere bitteren Erfahrungen gemacht.

Die Kosten für die Bewältigung dieser und anderer Umweltschäden steigen inzwischen viermal schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Das heißt konkret: Während die Statistiken und die Bundes-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) regierung uns vorgaukeln, mit dem Wirtschaftswachstum nehme unser Wohlstand zu, wird das Land in Wahrheit ärmer. Deshalb muß der nachträgliche Umweltschutz ersetzt werden durch eine vorsorgende und integrierte Umweltpolitik, die das Verursacherprinzip verwirklicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sind wir im Landtag oder im Bundestag? - Gegenruf des Ministers Dr. Michael Vesper: Man kann den Bundestag doch nicht ausblenden!)

Der exzessive Energie- und Rohstoffdurchsatz muß auf einen Bruchteil des heutigen Niveaus gesenkt werden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mit der Rede haben Sie das Thema verfehlt!)

Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat dazu den Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform vorgeschlagen und wird den entsprechenden Gesetzentwurf voraussichtlich im Januar kommenden Jahres einbringen. Kernstück dieser Reform ist ein Steuermodell, das diejenigen belastet, die das Ökosystem schädigen, und diejenigen belohnt, die umweltverträglich handeln.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was sagt ihr denn zum Landeshaushalt?)

- (B) - Das werden Sie sehen. Ich werde die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Landeshaushalt, Herr Arentz, verwirklicht werden muß, nennen. Sie kommen von Bonn und somit von Ihren politischen Freunden, die dieses Desaster im Land verursacht haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Aber ja!

Wir wollen eine Primärenergiesteuer auf fossile Energieträger und auf Atomenergie vorschlagen ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Aber gern.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Bajohr, können Sie vielleicht dem Hohen Hause erklären, warum

bei den gleichen Rahmenbedingungen, die Sie gerade als fürchterlich für Nordrhein-Westfalen skizzieren, andere Länder wie zum Beispiel Baden-Württemberg und Bayern wesentlich besser wirtschaften und finanzpolitisch abschneiden als Nordrhein-Westfalen? - Das wäre eigentlich das Thema, das Sie heute zu behandeln hätten. (C)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Kollege Linssen, Ihnen ist wahrscheinlich entgangen, daß Baden-Württemberg noch erheblichere Steuerausfälle hat als das Land Nordrhein-Westfalen, weil auch in Baden-Württemberg die Unternehmen nicht mehr soviel erwirtschaften können und nicht mehr soviel Steuern zahlen, wie das Land es eigentlich dachte. Baden-Württemberg ist ja einer der Gründe dafür, daß wir überhaupt mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist nicht stimmig! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir wollen eine Primärenergiesteuer auf fossile Energieträger einführen und auf Atomenergie. Es soll Steuererhöhungen für Benzin und Dieselöl geben. Flugbenzin wird natürlich in die Besteuerung einbezogen. Die so gewonnenen finanziellen Spielräume sollen zum Teil an die Steuer- und Beitragszahlerinnen zurückgegeben werden. Durch eine solche Reform sinken die Sozialabgaben, die inzwischen den Hauptteil der Abgabenbelastung abhängig Beschäftigter bilden, weil die Bundesregierung die Sozialversicherungen immer mehr mit sachfremden Pflichten belastet. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zu einem anderen Teil soll und muß das Steueraufkommen in den ökologischen Umbau investiert werden. Dieser Gesetzentwurf, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bundestag einbringen werden, ist sicher kein Allheilmittel gegen alle Schwierigkeiten, vor denen wir auch ohne Kohl und ohne Kinkel stünden. Aber: Er stellt den ersten, umfassenden, marktwirtschaftlich nicht nur verträglichen, sondern marktwirtschaftlich gebotenen Ansatz zur Lösung ernster sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme dar.

Ich fürchte allerdings, daß ignorante Besserwisser in Bonn den Entwurf einfach beiseite legen werden. Aber ich sage Ihnen auch: Dann wird das Kartell der Verweigerer die Verantwortung für alle Fehler und Versäumnisse, die umweltpolitisch

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) jetzt noch eintreten, zu tragen haben. Und ich sage Ihnen ebenfalls: Wir werden die Reformgegner aus dieser Verantwortung nicht entlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden sie anklagen für das Sterben der Umwelt, für die soziale Ungerechtigkeit und für die Armut in diesem Land.

Nordrhein-Westfalen ist keine Insel, sondern eingebunden in die Rahmenbedingungen, die unter anderem in Bonn geschaffen werden. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik liegt bei über 2 Billionen DM. Das ist eine Zahl mit zwölf Nullen; das sind 2 Millionen mal 1 Million DM; auf deutsch: Das ist das unvorstellbare Ergebnis der Auszehrung der öffentlichen Kassen durch Ihre Freunde in Bonn, Herr Arentz und meine Damen und Herren von der CDU. Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt liegt bei fast 60 %. Das wird nicht dadurch besser, daß andere EU-Staaten noch schlechter dastehen. Wer selber die Hosen voll hat, dem nützt es doch nichts, wenn er auf andere Leute zeigt, die ebenfalls mit vollen Hosen herumlaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Der Bund wird 1996 60 Milliarden DM neue Schulden machen. Alle Gebietskörperschaften zusammen kommen auf rund 116 Milliarden DM. Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Gesamtverschuldung mit 125,8 Milliarden DM zu hoch. Der Anteil des Schuldendienstes an den bereinigten Gesamtausgaben wird im kommenden Jahr bei knapp 10 % liegen. Jede achte Mark an Steuern fließt in Zinsen und Tilgung aufgenommener Kredite.

Diese äußerst angespannte Situation hat NRW aber nicht davor bewahrt, Opfer weiterer Lastenabwälzungen des Bundes zu werden. Im Gegenteil! Bonn - deswegen war es auch wichtig, die Rahmenbedingungen, die aus Bonn kommen, zu nennen - setzt seine Politik fort, die eigenen Kassen auf Kosten der Sozialversicherungsträger, der Länder und der Gemeinden zu entlasten. Dieser Lastenabwälzungsprozeß hat - insofern können wir dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft nur Recht geben - inzwischen einen Grad erreicht, der nur schwer mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE] und Trinius [SPD])

(C) Die Pläne der Bundesregierung, erneut bei der Arbeitslosenhilfe kürzen zu wollen, würden diese Lage abermals verschärfen. Selbst der Sachverständigenrat stellt fest - ich zitiere -, "daß es der Sache nicht dienen kann, wenn der Bund seine Ausgaben kürzt, (beispielsweise bei der Arbeitslosenhilfe), und damit den Kommunen zusätzliche Ausgaben (bei der Sozialhilfe) entstehen."

(Beifall der Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE] und Trinius [SPD])

Zu den Lastenabwälzungen - von denen man sagen muß, wir müßten uns fast daran gewöhnt haben, weil sie so üblich geworden sind -, die NRW zu verkraften hatte und hat, treten nun außergewöhnliche Belastungen hinzu, und zwar

- erstens: die Konsequenzen aus dem Jahressteuergesetz 1996. Sie führen im kommenden Jahr für das Land zu Einnahmeeinbußen in Höhe von 1,9 Milliarden DM.
- Zweitens: die Steuerausfälle, die sich aus den grotesken Fehlkalkulationen des Bundesfinanzministers - Herr Diegel, es ist der Bundesfinanzminister, der diese Fehlkalkulationen vorgenommen hat, und nicht der Landesfinanzminister - bei der Berechnung der Folgen seiner Steuersenkungen ergeben. Dadurch ist die Finanzplanung des Bundes - Herr Linssen, ich zitiere sogar noch einmal die "FAZ" - "schon heute weitgehend entwertet". Für NRW bedeutet das Einnahmefälle in einer Größenordnung von 500 bis 600 Millionen DM.

(D) Weil es uns aber noch nicht schlecht genug geht, muß NRW noch schlechter dastehende Bundesländer durch Zahlungen in den Länderfinanzausgleich ertüchtigen. Und weil Waigel Steuer geschenke an gut verdienende Unternehmen verteilt hat, muß Nordrhein-Westfalen voraussichtlich 1 Milliarde DM mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen als veranschlagt: 3,3 statt 2,3 Milliarden DM.

Der Finanzminister des Landes hat deshalb zum 21. November eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen. Ich will ganz ungeschminkt eingestehen: Für uns Bündnisgrüne war das mehr als eine bittere Pille. Da hatten wir gestritten - das ist ja nicht verborgen geblieben -, um wichtige Projekte bereits 1995 anfinanzieren zu können. Wir hatten uns durchgesetzt. Aber das alles ist möglicherweise 1995 vielleicht nicht machbar.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So geht es auch 1996 wieder!)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Herr Linssen, wir werden aber die Aufstockung des Programms "Regenerative Energienutzung", wir werden zusätzliche Mittel zur Übernahme von DB-Strecken durch nicht bundeseigene Eisenbahnen, die Erhöhung des Mittelansatzes für NS-Opfer, die Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen im Handwerk", mehr Taschengeld für Abschiebehäftlinge und Zufluchtwohnungen für Opfer von Zwangsprostitution ganz oben auf die Agenda der Haushaltsberatungen 1996 stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der Haushaltssperre nicht betroffen sind immerhin die 440 zusätzlichen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die zum 1. Februar 1996 ihren Dienst antreten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das schafft Luft an den Schulen, die am härtesten von Unterrichtsausfällen betroffen sind. Herr Schleißer, ich freue mich über ihr offenes Bekenntnis, daß es diese Stellen ohne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wohl nicht gegeben hätte. Das beweist, wie notwendig die Verschiebung der Kräfteverhältnisse bei der Landtagswahl war. Am 14. Mai hat sich eben nicht nur unser Stimmenanteil verdoppelt; vor allem wurde die absolute Mehrheit der SPD in Nordrhein-Westfalen in das "Haus der Geschichte" verbannt und die "Pünktchen"-Sekte aus dem Landtag hinauskatapultiert. Das hat die ökologisch und sozial orientierten Reformkräfte in diesem Land gestärkt.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dafür sorgen, daß neue Ideen der ökologischen, der wirtschaftlichen, der sozialen, der bildungs-, der frauen- und der innenpolitischen Entwicklung neuen Schwung verleihen.

Der Koalitionsvertrag mit der SPD bildet dafür die Grundlage. Deshalb werden wir in jeder Phase der gemeinsamen Gestaltung der Landespolitik peinlich genau auf dessen Realisierung achten. Zwar kann niemand so verboht sein, daß er oder sie unabhängig von den Wechselfällen künftiger Jahre dogmatisch auf buchstabengetreuer Erfüllung jeder Detailregelung bestehen würde. Aber ich sage auch sehr deutlich: "pacta sunt servanda" wird üblicherweise mit "Verträge sind einzuhalten" übersetzt und nicht mit "Verträge sind zu unterlaufen".

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs 1996 steht das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und

Umwelt". Dieses Programm soll alle Ansätze zur ökonomischen Ertüchtigung und zur ökologischen Erneuerung bündeln. Wie der Herr Finanzminister in seiner Einbringungsrede sagte, handelt es sich nicht um "fresh money", das hier zur Verfügung gestellt wird, sondern um den Einsatz vorhandener Landesmittel nach neuen Kriterien.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" soll mit 2,6 Milliarden DM allein im Haushaltsjahr 1996 neue technische Lösungen für die Abfallvermeidung und -verwertung unterstützen, es soll die Entwicklung und Erprobung innovativer und umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren fördern, es soll Flächensanierungen vorantreiben. Programmbestandteile sind auch umweltrelevante Investitionen in Naturschutz und Landschaftspflege, naturnahen Wasserbau und Abwassermaßnahmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mengen verstromter Kohle deutlich reduzieren, damit die Ziele der Klimaschutzkonferenzen von Rio und Berlin erreicht werden können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herr Clement erzählt etwas anderes!)

- Da erzählt er nichts anderes. Das ist auch das Ziel der Landesregierung.

Damit im Jahre 2005 30 Prozent weniger Kohlendioxid emittiert werden als 1990, müssen vor allem in den Bereichen Energieumwandlung und Verkehr einschneidende Veränderungen einsetzen; denn trotz aller Sonntagsreden ist der CO₂-Ausstoß bisher nicht zurückgegangen; er ist nicht einmal stabil geblieben, sondern er ist stetig gewachsen. Die Prognosen für das Jahr 2005 sehen derzeit nicht optimistisch aus.

Gerade deshalb stehen die Verbesserung der Energieproduktivität, vermehrtes und ernsthaftes Energiesparen sowie der Wechsel von umweltschädigenden zu erneuerbaren Energieformen wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse im Vordergrund der Bemühungen.

Zum Zukunftsinvestitionsprogramm gehört auch das Landesprogramm "Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen", kurz: das REN-Programm. Dafür stehen im kommenden Jahr rund 105 Millionen DM zur Verfügung, die ein Vielfaches an arbeitsplatzschaffenden, umweltfreundlichen Investitionen auslösen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

(C)

(D)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Die Energiewende wird aber nur gelingen, wenn wir die Widerstände gegen die Nutzung von Windkraftanlagen und gegen den Ausbau von Kraft-Wärme-Koppelung überwinden. Dazu gehört, daß wir die entsprechenden planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Entwicklung eigenständiger regionaler und kommunaler Energieversorgungskonzepte unterstützen. Dazu gehört auch, daß wir den Einfluß der Stromgiganten RWE und VEW zurückdrängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist das neue Altbausanierungsprogramm unseres GRÜNEN-Bauministers. Allein im kommenden Jahr werden 125 Millionen DM mehr als bisher - das ist ein Plus von 36 Prozent - aufgewendet, um zunächst 100 000 Altbauwohnungen über Wärmedämmung, den Einsatz neuer Energiespartechiken usw. ökologisch zu optimieren. Damit tragen wir auch zur Belebung der darniederliegenden Bauwirtschaft bei, zur Schaffung und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

- (B) Um Ökologie und Arbeitsplätze geht es auch beim Thema Verkehr. Die Verkehrswende ist es sicher noch nicht, aber wir verlagern doch das Gewicht der Verkehrsinvestitionen deutlich zu den umweltverträglicheren Verkehrsformen. Für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Lande stehen Landesmittel in Höhe von 256 Millionen DM zur Verfügung. Die Investitionszuschüsse an nicht bundeseigene Eisenbahnen steigen um 48 Prozent auf knapp 12 Millionen DM. Erstmals gibt es einen eigenen Titel für den Radwegebau an bestehenden Landesstraßen; er ist mit 20 Millionen DM ausgestattet.

Kritisch sehen wir - Herr Clement ist nicht da - die etatisierten 150 Millionen DM für den Landesstraßenneubau. Hier fehlt die 30prozentige Kürzung, die ansonsten fast alle Titel in diesem Landeshaushalt betroffen hat. Das gilt gleichermaßen für die Überrollung der Ansätze für Erhaltungsinvestitionen und kleinere Aus- und Umbauten sowie für den Unterhalt von Landesstraßen in Höhe von insgesamt 245 Millionen DM. Hier schlagen wir ebenfalls Einsparungen vor.

Auch eine Verwendung von Mitteln der Wirtschaftsförderung für den Ausbau von Flugplätzen wäre für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke beispielsweise an Pläne hinsichtlich des Ausbaues des Flughafens Dortmund. Hier würden wir nicht nur Fragezeichen anbringen, sondern einen dicken Rotstift ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir es nämlich ernst meinen mit dem Vorrang für die Bahn statt für das Flugzeug, dann muß sich dies auch im Haushalt unzweideutig niederschlagen.

Es ist allgemein bekannt, daß Investitionen in den Aufbau eines umweltverträglicheren Verkehrssystems positive Effekte für den Arbeitsmarkt bringen. Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit darf sich allerdings nicht auf Investitionsprogramme beschränken. Es ist außerdem eine öffentliche Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die dazu beiträgt, das Defizit von bundesweit mehr als sieben Millionen Arbeitsplätzen zu decken. Diese öffentliche Arbeitsmarktpolitik muß sich besonders an Menschen richten, die seit langem vergeblich nach einer Erwerbsarbeit suchen. Deren Zahl ist nämlich beträchtlich. Von den im Jahre 1994 registrierten 780 000 Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen waren 280 000 oder 36 % länger als ein Jahr ohne Arbeit, 127 000 oder 16 % leben sogar schon zwei Jahre ohne Erwerb. Für diese Menschen ist das Risiko der endgültigen Ausgrenzung aus der Erwerbsgesellschaft so gut wie eingetreten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wiederholt sehr deutlich gemacht, daß wir diesen sozialpolitischen Skandal energisch bekämpfen wollen. Es müssen innovative Lösungen gefunden werden, die die Fallstricke der Schaffung zweit- und drittklassiger Arbeitsmärkte meiden und realistische Reintegrationschancen für Langzeiterwerbslose bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu reichen kurzlebige ein- oder zweijährige Programme häufig nicht aus.

Auf unsere Initiative hin wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben, daß die rot-grüne Landesregierung ein Programm "Soziale Betriebe" auflegen und es ab 1996 mit einem Fördervolumen von 25 Millionen DM ausstatten wird. Wir gehen davon aus, daß das Programm planmäßig starten wird. Dem Einzelplan des Arbeitsministers, der nun leider nicht da ist, ist allerdings nicht zu entnehmen, mit welchen Beträgen der Baransatz und die Verpflichtungsermächtigungen für den Ver-

(C)

(D)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) wendungszweck "Soziale Betriebe" eingestellt sind. Ich halte das, offen gesagt, für eine recht eigenwillige Art des Umgangs mit dem Koalitionsvertrag, an die wir Bündnisgrünen uns nicht gewöhnen wollen und nicht gewöhnen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedarf dringend der Nachbesserung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Schon wieder Knatsch, was?)

Kernstück dieses Programms soll die Förderung neuer Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen sein, deren Belegschaften sich aus ehemaligen Langzeitarbeitslosen zusammensetzen. Die Sozialen Betriebe sollen allerdings nicht dauerhaft am staatlichen Subventionstropf hängenbleiben, sondern sich schließlich am Markt behaupten. Deshalb ist vorgesehen, die Förderung für einen Sozialen Betrieb nach fünf Jahren auslaufen zu lassen.

Meine Damen und Herren, der Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen soll die Gründungsoffensive dienen, die am 14. Dezember starten wird. Mindestens so wichtig wie die dafür bereitgestellten Landesmittel - es ist wohl rund eine halbe Milliarde DM allein im kommenden Jahr -

(B)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

ist die neue Mentalität, die sich unter den Existenzgründerinnen und Existenzgründern entwickeln muß. Wir GRÜNE wollen einer neuen Gründerzeit Impulse verleihen, einer Gründerzeit, die nicht auf die Herausbildung einflußreicher Konzerne und noch einflußreicherer Banken setzt, sondern auf die Vielfalt kleiner und mittelständischer Anbieter und Anbieterinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese neue Gründerzeit soll von der Lust auf die ökonomischen, ökologischen und sozialpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts getragen sein.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Bajohr, nur eine Kenntnisfrage. Sie haben sich vielleicht

gerade vertan. Sie sagten, da würde ein Existenzgründungsprogramm im Volumen von einer halben Milliarde DM aufgelegt werden. Ich kenne solche Zahlen nicht, und aus dem Haushalt sind sie auch nicht ersichtlich. Können Sie dem Hohen Hause vielleicht verraten, ob Sie noch irgend etwas in irgendeiner Tasche verborgen haben? (C)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Linssen, das will ich gern tun. Eine halbe Milliarde habe ich allerdings auch nicht irgendwo verborgen. Nein, diese Gründungsoffensive - es handelt sich nicht um das Existenzgründungsprogramm - setzt sich aus verschiedenen Programmbestandteilen zusammen und addiert sich auf rund 500 Millionen DM.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Können Sie das erklären? Das gibt es gar nicht!)

- Doch.

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1995 hielt es die Bundesregierung nicht für erforderlich, frauenpolitische Belange in der Wirtschafts- und Strukturpolitik überhaupt nur, und sei es am Rande, zu erwähnen. Auch unter den am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen kommen Frauen in der Sichtweise der Herren Kohl, Blüm oder Rexrodt nicht vor. Der Bundesrat hat dies in seiner Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht sehr zu Recht kritisiert. (D)

In Nordrhein-Westfalen haben die GRÜNEN gerade für die Wirtschafts- und damit auch für die Arbeitsmarktpolitik deutliche Akzente zugunsten frauenorientierter Förderprinzipien gesetzt. So werden wir von Frauen ausgehende Existenzgründungen besonders fördern. Dafür stehen im Rahmen des bestehenden Existenzgründungsprogramms der Landesregierung jährlich 5 Millionen DM bereit.

Auch mit Hilfe der Meisterinnen- und Meistergründungsprämien wollen wir eine Starthilfe in die Selbständigkeit geben. Für jeden neuen Meisterinnen- und Meisterbetrieb stehen, sofern dabei jeweils zwei neue Arbeitsplätze gefördert werden, 20 000 DM zur Verfügung. Für das kommende Jahr ist das Programm mit einem Volumen von 30 Millionen DM ausgestattet.

Die Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen im Handwerk" ist bündnisgrünen Ursprungs. Sie steht bereits im Nachtragshaushalt mit einem Volumen, das übertragbar ist, in Höhe von 1,4 Millionen DM und ist 1996 mit 2 Millionen DM etatziert. Der Koalitionsvertrag sieht für diesen Zweck

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) 4 Millionen DM vor. Diese Initiative soll Frauen einen besseren Zugang zu zukunftssträchtigen Handwerksberufen verschaffen.

Aber wir verlassen uns inzwischen auch nicht mehr nur auf Appelle. Die Zeiten wohlgemeinter Aufrufe an die Wirtschaft gehen zu Ende. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, Benachteiligungen abzubauen und Frauen aktiv zu fördern. Das muß Konsequenzen auch für die Vergabepolitik des Landes haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht und den Zuschlag erhalten will, der muß zumindest das Diskriminierungsverbot der §§ 611 a und b BGB befolgen. Wer Frauen in seinem Betrieb nicht duldet oder nicht fördert, hat keinen Anspruch auf auch von Frauen erwirtschaftete Steuermittel.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau van Dinther?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja, gern.

- (B) **Regina van Dinther (CDU):** Herr Dr. Bajohr, im Haushaltsplan des Frauenministeriums kann ich solche Dinge nicht finden. Ich weiß, daß bei dem jetzt aufgelegten Aktionsprogramm, durch das zusammen mit der Wirtschaft Frauenförderung betrieben werden soll, erst in zwei Jahren überlegt werden soll, ob solche Sanktionsmaßnahmen überhaupt in Betracht kommen. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Dem jetzigen Stand der Beratungen kann ich nicht entnehmen, daß das jetzt schon geplant ist.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Was war die Frage?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ich denke, ich habe die Frage verstanden. Ich habe hier nicht gesagt, was wir jetzt aktiv unternehmen, um Sanktionen

(Zurufe von der CDU)

- Nein, ich habe die Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiedergegeben. Von Sanktionen hatte ich gar nicht gesprochen, sondern ich habe gesagt: Wer Frauen nicht fördert, der sollte kei-

nen Anspruch auf Steuermittel erheben können. (C)
Ich hoffe, da stimmen Sie mir zu.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Lassen Sie mich weitermachen; vielleicht versteht es sich dann.

Neben den wirtschaftspolitisch orientierten Leistungen für Frauen realisiert der Haushalt weitere wichtige Anliegen der Frauenpolitik.

So ist vorgesehen, das Wiedereingliederungsprogramm um 700 000 DM aufzustocken. Für die Schwangerschaftsberatungsstellen ist der Ansatz um rund 670 000 DM erhöht worden. Die Mittel für die Kostenerstattung für Schwangerschaftsabbrüche an die Träger der Sozialhilfe werden um 3,9 Millionen DM angehoben. Für Frauenhäuser gibt es im kommenden Jahr 4 1/2 Millionen DM mehr.

Meine Damen und Herren, nicht zufrieden sind wir mit der Situation der Kindertagesstätten. Deren Ausbau muß in den kommenden drei Jahren zügig vorangetrieben werden. Die Stichtagsregelung, die ab 1996 gilt, läßt ja auch gar keine andere Wahl. Bis Ende 1998 ist der Rechtsanspruch der Kinder auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen, mit allen Konsequenzen. Das stellt den Landeshaushalt vor Herausforderungen, für deren Bewältigung die jedenfalls im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1,7 Milliarden DM wahrscheinlich nicht ausreichen werden. (D)

Zu lange hat sich die Politik der Altparteien an die traditionelle Familienideologie geklammert,

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

in der Ehe und Familie als gleichsam naturhaft-statische Gebilde, völlig unabhängig von allem gesellschaftlichen Wandel, begriffen werden. Mutter bleibt zu Hause und hütet die Kinder. So war es, und so sollte es bleiben. Opfer dieser ideologischen Befruchtung sind vor allem die Kinder erwerbstätiger Mütter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings darf die Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nicht zu Lasten der Hortplätze oder der Plätze für Kinder unter drei Jahren gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen jedenfalls durchsetzen, daß - wie vereinbart - die Mittel für die Schaffung von 3 000 Hortplätzen und 2 000 Plätzen für Kleinstkinder bereitgestellt werden.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Verbessert wird jetzt endlich auch die Betreuung der Grundschulkinder an den Vormittagen. Mit der Einführung des Programms "verlässliche Halbtagschule" von 8 bis 13 Uhr erkennt das Land an, daß es nicht allein Sache der Eltern oder der Kommunen ist, nach Lösungen für die Schulkinderbetreuung zu suchen. Für das Programm stehen im kommenden Jahr 10,2 Millionen DM zur Verfügung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Minderung des Unterrichtsausfalls haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Koalitionsverhandlungen neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer durchgesetzt. 440 Stellen wurden - das habe ich bereits gesagt - im Nachtragshaushalt 1995 etatisiert. Ab dem 1. August 1996 können weitere 500 Stellen besetzt werden.

940 Stellen insgesamt mögen nicht viel sein. Aber die Bedeutung liegt gar nicht allein in der Zahl. Wichtig ist, daß wir den Finanzdeckel für den Bereich Bildung überhaupt anheben und damit die Situation an den Schulen verbessern konnten.

Meine Damen und Herren, die Situation des Landeshaushalts ist ernst. Besserung ist nicht zu erwarten. Sprudelnde Steuereinnahmen werden auch im kommenden Jahr ausbleiben. Selbst der Sachverständigenrat - sonst immer gern dabei, wenn es darum geht, für Kohl und Co. Optimismus zu verbreiten - prognostiziert für die Bundesrepublik nur ein reales Wirtschaftswachstum von 2 %. Das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung befürchtet für 1996 sogar eine schlechtere Ausgangslage, als wir sie zu Beginn dieses Jahres hatten.

- (B) Die Finanzpolitik wird deshalb 1996 und in den darauf folgenden Jahren die Aufgabe haben, intelligent und zielgerichtet Mittel zu bündeln, zu entscheiden, was wichtig und was unwichtig, was unabdingbar und was entbehrlich ist und wo Verstärkungen anzubringen sind.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Das ist mehr als sparen. Da nützt es nichts, die Landeskasse zu bewachen wie Onkel Dagobert seinen Geldspeicher. Es ist mehr erforderlich, als Verpflichtungsermächtigungen und Baransätze schlicht um 30 % zu kürzen oder Globale Minder Ausgaben anzusetzen.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe, dieser Gesamtverantwortung verbietet es unserer Meinung nach, an den vorgegebenen Strukturen der Ver-

teilung öffentlicher Mittel auf die Ressorts festzuhalten. Wenn also beispielsweise die Mittel für die Verstärkung des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit beim Arbeitsministerium erhöht werden sollen, so ist es gerade nicht zwingend, daß eben dieses Arbeitsministerium die notwendige Deckung dafür aus dem eigenen Fleische schneidet. Wo käme eine sozial orientierte Reformpolitik hin, wenn - um beim Beispiel zu bleiben - arbeitsmarktpolitisch vernünftige Mehraufwendungen zu Lasten etwa der Altenpflege oder der Jugendhilfe gingen? (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nein, politische Prioritäten zu setzen, heißt auch, sich über politische Nachrangigkeiten zu verständigen und umzuschichten. Da darf es nicht bei einem sogenannten Ressortprinzip bleiben, das überlebte Strukturen zementiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb erwarten wir von der Ergänzungsvorlage, die der Finanzminister in seiner Einbringungsrede angekündigt hat, daß sich die Korrektur nicht einfach nur auf Einsparungen nach dem Gießkannenprinzip beschränkt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herzlichen Glückwunsch, Herr Schleißer!)

- Wir erwarten das sehr zuversichtlich, Herr Linssen. Das ist keine Kritik am Finanzminister. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, nein!)

Jetzt ist Gelegenheit, die rot-grüne Reformhandschrift noch deutlicher zur Geltung kommen zu lassen. Gespart und umgeschichtet wird nach dem Prinzip der Priorität für das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" und für die Förderung benachteiligter Gruppen in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gießkannen, Klammerreflexe am Ressortprinzip, Erbhöfe, Klientelbedienung - das sage ich auch durchaus an die eigene Adresse - haben da nichts mehr zu suchen.

Meine Damen und Herren, Einsparungen sind notwendig, aber sie werden uns auf die Dauer ...

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ja.)

Herr Dr. Linssen hat eine Frage.

(A) **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Ich habe ein Problem mit meiner Zeit. Ich würde gern zum Ende kommen. Es tut mir leid, Herr Linssen.

... nicht genügend Luft verschaffen. Wir alle wissen doch, daß letztendlich nur gut 12 % des Haushalts für Einsparungen zur Verfügung stehen. Die großen Finanzmassen sind gesetzlich oder vertraglich gebunden und von uns jetzt gar nicht von heute auf morgen beeinflussbar. Denken Sie an das GFG, den Schuldendienst oder die Personalkosten.

Wenn wir überhaupt nur die gegenwärtigen Standards halten wollen, wird es deshalb darauf ankommen, über bloßes Einsparen und Umschichten hinauszugehen. Wir brauchen zusätzliche Einnahmen. Dafür scheiden nach der Verfassungslage neue Steuern oder Steuererhöhungen aus. Niemand kann es dem Land aber verwehren, die Steuern einzunehmen, die ihm rechtlich zustehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das betrifft zum einen die Unternehmensteuern. Zu Recht beklagt die Deutsche Steuergewerkschaft, dem Land entgingen jährlich Milliardenbeträge, weil bei den Finanzämtern Beschäftigte fehlen. Besonders im Bereich der Steuerfahndung - das ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe "Personalbemessung" der Steuerverwaltungen von Bund und Ländern - besteht nach dem Bericht "dringender Handlungsbedarf". "Die Steuerfahndung", so heißt es, "ist sowohl organisatorisch als auch personell kaum in der Lage, ihren gesetzlichen Auftrag auch nur annähernd zu erfüllen."

(B)

Wem das nicht genug ist, der oder die lese in einem Bericht des Bundesrechnungshofes vom Februar 1995 über den Zustand der steuerlichen Betriebsprüfungen nach. Dort wird unter anderem festgestellt, daß die "Vollzugsdefizite bei der steuerlichen Betriebsprüfung ursächlich für Steuerverkürzungen sind".

Auch die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuern, Steuerarten, deren Aufkommen ausschließlich dem Lande zufließt, weist erhebliche Defizite auf. Wir hatten dies ja hier im Landtag anlässlich der Behandlung des Jahresberichts 1995 des Landesrechnungshofs erörtert.

Die Landesregierung wird sich also künftig intensiver als bisher bemühen müssen, rechtmäßige Steueransprüche auch einzutreiben. Die Rede ist immerhin von 2 Milliarden DM pro Jahr!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn auch nicht der gesamte Betrag in der Landeskasse bleibt, sondern, wie der Finanzminister schätzt, allenfalls 20 %, so sind das immerhin 400 Millionen DM pro Jahr, auf die wir auch unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit nicht verzichten dürfen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dennoch wird das - wir wissen es - nicht ausreichen, um die erheblich höheren Finanzbedarfe des Landes voll auszugleichen. Deshalb müssen also zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Im Koalitionsvertrag haben die Vertragsparteien ihre Meinung bekräftigt, daß "ökologisch orientierte Abgaben ein geeignetes Instrument zur Finanzierung ökologisch sinnvoller Investitionen sein können". Gutachten sollen klären, welche Konsequenzen Öko-Abgaben hätten.

Angesichts der dramatischen Finanzklemme, in der das Land steckt, wird es immer dringlicher, möglichst bald über die Einführung von Öko-Abgaben entscheiden zu können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dann können wir die Bürger ja schröpfen!)

- Vor allem die Bürger, die sich nicht umweltgerecht verhalten, Herr Linssen, natürlich, sicher!

Insbesondere erwarten wir, daß die Landesregierung möglichst bald zu Vertragsabschlüssen mit den zu beauftragenden wissenschaftlichen Instituten kommt. (D)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Sofern ich mich nicht umweltgerecht verhalte, Herr Linssen, muß ich auch geschröpft werden, sehr richtig!

Im jetzigen Stadium kann natürlich niemand seriös angeben, welche finanziellen Volumina durch die Erhebung von Öko-Abgaben mobilisiert werden. Eines aber ist sicher: Die Mittel, die hieraus gewonnen werden und die in den ökologischen Umbau investiert werden können, schaffen Luft für den Landeshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehreinnahmen können auch aus dem Verkauf von Beteiligungen erzielt werden. Als lohnende Verkaufsobjekte kommen für uns vor allem in Betracht: die Landesanteile an den Messen in Köln und Bonn, die Beteiligung an der Lufthansa und die Beteiligungen an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn. Letzteres wird uns ja besonders leicht gemacht, weil der Bund ebenfalls aus

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) seiner Beteiligung am Flughafen Köln/Bonn aussteigen möchte. Es gibt den entsprechenden Kabinettsbeschluß der Bundesregierung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die WestLB ist für Sie gestorben?)

- Auch die WestLB, Herr Linssen, gehört wie alle anderen Beteiligungen auf den Prüfstand.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Warum wollen Sie denn da noch rein?)

- Ich persönlich möchte dort nicht hinein, Herr Matthiesen.

Hier darf es keine Tabus geben.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! - Weitere lebhafte Zurufe - Gegenrufe)

- Herr Matthiesen, es gibt Gründe für, und es gibt Gründe gegen den Verkauf der WestLB. Es gibt auch Gründe gegen den Verkauf der WestLB; die müssen gegen die Gründe, die dafür sprechen, abgewogen werden, und dann kann entschieden werden.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Aber rein wollen Sie trotzdem! - Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

(B) - Herr Matthiesen, ich habe schon gesagt: Ich will gar nicht hinein.

Bis wir das entschieden haben, muß aber die Höhe der Dividende geklärt sein. Hier gibt es unserer Meinung nach für die Gewährträger erheblichen Anpassungsbedarf.

Das gleiche gilt für die Bewertung des Haftungskapitals der Wohnungsbauförderungsanstalt und damit für die Höhe des daraus anfallenden Entgelts. Hier muß die WestLB das Land ganz anders entschädigen als bisher; denn es geht doch wohl nicht an, daß die Steuerzahler/innen in Zeiten knapper Kassen eine Großbank subventionieren!

Ich fasse zusammen: Die Rahmenbedingungen und Zumutungen, die aus Bonn über Nordrhein-Westfalen und seine Gemeinden kommen, kann die Landespolitik nur bedingt - zum Teil kann sie es gar nicht - ausgleichen. Um politische Handlungsfreiheit zu bewahren beziehungsweise wiederzuerlangen und rot-grüne Reformen voranzubringen, müssen wir über Prioritäten und Posterioritäten

ritäten entscheiden, einsparen und umschichten, Steuereinnahmeansprüche realisieren, neue Einnahmequellen erschließen und Landesbeteiligungen privatisieren. (C)

Was wir nicht dürfen: die Aufnahme zusätzlicher Schulden anpeilen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die jährliche Neuverschuldung von 6 Milliarden DM im Jahre 1996 auf 1 Milliarde DM im Jahre 2000 abzusenken. Dabei muß es bleiben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

In seiner Einbringungsrede hat der Finanzminister den Konsolidierungskurs noch bestätigt:

"Die Konsolidierung der Staatsfinanzen behält oberste politische Priorität."

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir Bündnisgrünen stimmen ihm da uneingeschränkt zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um so verwunderter waren wir deshalb, Herr Finanzminister, daß Sie dem Haushalts- und Finanzausschuß offenbarten - das ist ja nun öffentlich, denn ich beziehe mich auf die "Süddeutsche Zeitung" vom Montag; dann kann man das hier ja auch offen sagen -, abweichend vom Koalitionsvertrag doch noch eine Erhöhung der Neuverschuldung ins Auge zu fassen. Dazu muß ich sagen: So einfach geht das nicht! (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr!

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ich komme gleich zum Ende.

Der Konsolidierungskurs ist zentraler Bestandteil des Koalitionsvertrages. Wenn davon abgegangen werden soll, bedarf es mehr als guter Gründe. Es müßten schon außergewöhnliche Faktoren, zum Beispiel ein Absturz der Konjunktur bei gleichzeitigem Hochschnellen der Erwerbslosigkeit, zusammenkommen. Davon kann aber heute überhaupt keine Rede sein.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das paßt doch vorn und hinten nicht zusammen!)

- Das paßt sehr gut zusammen, Herr Linssen. Dann haben Sie die ganze Rede nicht verstanden!

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkläre ich deshalb: Die Prüfungsintervalle der Finanzämter bei den Unternehmen müssen verdichtet, die Arbeit der Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen muß optimiert werden. Es müssen Öko-Abgaben erhoben und Landesbeteiligungen tatsächlich veräußert werden. Dann brauchen wir auch keine Anhebung der Neuverschuldung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste Lesung des Haushaltes ist normalerweise eine der grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen der Opposition, der Landesregierung und den die Landesregierung tragenden Koalitionen.

Herr Kollege Diegel, das kann man von zwei Seiten aus betrachten. Sie haben mir diese Auseinandersetzung sehr schwer oder auch sehr leicht gemacht. Ich habe Ihrer Rede nichts anderes entnehmen können,

(B)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ach, ja!)

als daß Sie in einem einzigen Punkt recht hatten: Das ist der, daß die Sozialdemokraten seit 30 Jahren diese Landesregierung stellen, zum Wohl des Landes -

(Heiterkeit bei der CDU - Helmut Diegel [CDU]: Nicht zum Wohl!)

fünfzehn Jahre allein, jetzt wieder in einer soliden Koalition.

(Große Heiterkeit bei der CDU)

Wir werden diesen Weg auch bis zum Jahre 2000 gehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Herr Kollege Linssen, Sie haben doch auch da beigesehen, als Herr Diegel, um überhaupt argumentieren zu können, eine Gummipuppe nahm, sie aufblies, sie zu seinem Sparring-Partner erklärte und glaubte, er hätte damit die Wirklichkeit.

Ich sage Ihnen: Ich habe den Eindruck, als wenn mit jedem Schritt, den Sie von Ihrem Platz aus bis zu diesem Pult machen, die Realität ein wenig

von ihnen abfällt, damit Sie überhaupt unbefangenen solche Reden halten können.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel für die Wahrnehmung der Realität nennen. Da las ich, Herr Kollege Dr. Linssen, von Ihnen, daß die Landesregierung einen großen Panzerschrank habe, in dem sie alle wichtigen Unterlagen, beispielsweise Gutachten

(Zuruf des Helmut Linssen [CDU])

- drei haben Sie gesagt - vor der Öffentlichkeit verborgen halte. Richtig daran ist, daß diese Landesregierung im September entschieden hat, daß es zur Kürzung von 122 Stellen kommt, diese Kürzung im Haushalt eingebaut hat und das eben nicht für sich behalten hat.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Am 27. September hat es eine Presseerklärung gegeben. Herr Kollege Linssen, zwei Monate später finden Sie, das sei Geheimhaltung. Diese Einschätzung, daß Pressekonferenzen, Presseerklärungen die höchste Stufe der Geheimhaltung sind, muß ich Ihnen überlassen. Das hat mir bisher noch keiner gesagt.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Finanzminister Schleißer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Linssen?

(D)

Heinz Schleißer, Finanzminister: Natürlich!

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Finanzminister, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß Sie im September eine Presseverlautbarung über die geplanten Stellenkürzungen bei Ihnen im Ministerium gemacht haben, die uns selbstverständlich bekannt ist, daß aber dieses Gutachten über die drei Ministerien und das was seitens der Unternehmensberatung geplant war, nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, bis wir es aus dem Panzerschrank der Öffentlichkeit bekanntgemacht haben?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege Dr. Linssen, da helfen solche Versuche leider auch nur wenig.

(Minister Schleißer)

(A) In dieser Presseerklärung - ich hoffe, daß Sie Ihnen vorliegt

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja!)

und daß Sie sie auch gelesen haben - steht nicht irgend etwas vom Finanzministerium, sondern es ist sehr genau aufgeschlüsselt, wie diese 122 Stellen auf das Finanzministerium, auf das Innenministerium und auf das Wissenschaftsministerium entfallen. Das wird dargelegt und gesagt, daß sich diese Zahlen im Landeshaushalt 1996 wiederfinden werden. Auch das zur Form der Geheimhaltung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben aber doch kein Gutachten!)

- Herr Kollege, wenn man ein wenig patzt, versucht man doch nicht, das anschließend über eine solche Methode gesundzureden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie haben die Gutachten nicht herausgeholt! Das stimmt doch!)

- Ich sage Ihnen, ein Vorwurf trifft mich. Das ist das, was Sie, Herr Kollege Diegel, heute in einer Pressekonferenz gesagt haben, daß der Haushaltsplanentwurf dieser Landesregierung Makulatur sei, daß er keine Grundlage für die Beratungen des Parlamentes abgebe. Ich nehme diesen Vorwurf ernst,

(B)

(Helmut Diegel [CDU]: So ist es!)

will mich allerdings auch mit der Frage auseinandersetzen, woran dieser Vorwurf eigentlich festgemacht wird.

Wenn ich mir das ansehe, sind es erstens die Steuereinnahmen, zweitens der Länderfinanzausgleich - zwei Zahlen im Haushalt des Landes von einigen hunderttausend Zahlen. Ich habe nie bestritten, daß diese beiden Positionen Risiken, keine faktischen Ausfälle beinhalten, auch heute noch.

Beide - sowohl der Länderfinanzausgleich wie die Steuereinnahmen des Jahres 1995 und auch die des Jahres 1996 - entziehen sich der politischen Gestaltung der Landesregierung und natürlich der politischen Gestaltung der Opposition oder auch des gesamten Parlaments. Keine noch so gute oder gelungene Rede hier im Landtag wird irgendeinen Einfluß auf die Steuereinnahmen haben, die wir 1995 buchen oder auch nicht buchen können. Keine einzige Mark, Herr Kollege Diegel, wird davon beeinflußt.

Das gleiche gilt für den Länderfinanzausgleich. Das ist eine Rechenaufgabe des Bundesfinanzministers, zugegebenermaßen eine sehr komplizierte Rechenoperation des Bundesfinanzministers. (C)

Da gibt es ein Schreiben des Bundesfinanzministers an die Länder-Finanzminister, in dem mitgeteilt wird, was denn diese Rechenoperation erbracht hat. Dann muß in der errechneten Größe gezahlt werden, ohne daß die politischen Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sind.

Zum Länderfinanzausgleich habe ich es Ihnen gesagt: Das korrespondiert mit den Steuereinnahmen, aber nicht nur mit den Steuereinnahmen Nordrhein-Westfalens, sondern mit den Steuereinnahmen der Zahlerländer, das heißt mit denen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, und dem Verhältnis, das die Steuereinnahmen Nordrhein-Westfalen zu diesen drei Ländern haben werden.

Geringfügige Veränderungen in diesem System der Steuereinnahmen und der Gewichtung gegeneinander können, weil nun einmal in der Finanzkraft alles eng zusammengewachsen ist, gravierende Auswirkungen haben. Das sind Risiken, die ich Ihnen genannt habe. Das kann sicherlich das Oberrisiko werden, das wir werden berücksichtigen müssen. (D)

Nun haben bereits die Kollegen Trinius und Bajohr Zahlen genannt, die ich zur unterstreichen kann. Welche Verlässlichkeit hat denn nun eigentlich eine solche Aussage? Im Mai bei der Steuerschätzung noch 2,3 Milliarden DM, Oktober-Steuerschätzung 2,2 Milliarden DM. Jahreszahlen für den Länderfinanzausgleich: am 20. November 1995 2,6 Milliarden DM für drei Quartale mit den Konsequenzen, die dann notwendig sind.

Nun komme ich zu dem, was Sie sagten, Herr Kollege Diegel: Steuerschätzungen, wie sie sich ergeben, wie die Zusammensetzung des Arbeitskreises Steuerschätzung ist. Völlig korrekt geschildert, nur daß der Finanzminister nicht in Person teilnimmt, die Länderfinanzminister, sondern hochqualifizierte Beamte; sie sitzen in diesem Arbeitskreis Steuerschätzung.

Was Sie nicht erwähnt haben, sind zwei entscheidende Faktoren. Die Grundlagen dieser Steuerschätzungen werden, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, vom Bundesminister für Wirtschaft, diesem Realisten Rexrodt, angegeben.

(Zuruf: Nicht mehr lange!)

(Minister Schleißer)

- (A) - Na gut, nicht mehr lange! - Ich hoffe, daß sein Nachfolger zu realistischeren Einschätzungen der Wachstumsraten kommen wird. Ich sage nur, daß dies der eine Punkt ist.

Was die Frage der Berechnung der Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen angeht - da liegt ja der eigentliche Mangel -, das macht das Bundesfinanzministerium, und da geht es auch nicht darum, Verluste zu verkleistern, sondern es ist eindeutig die Position der Bundesregierung, daß sie zugibt, diese durch Steuerrechtsänderungen verursachten Steuerausfälle nicht richtig eingeschätzt zu haben. Aber das ist unstrittig.

Nur, was jetzt für Nordrhein-Westfalen viel wichtiger ist: Würden wir diese Steuermindereinnahmen, die sich dort ergeben, in unseren Haushalt nach den bisher bestehenden Formeln, nach denen so etwas umgesetzt wird, einsetzen, dann gäbe es in Nordrhein-Westfalen 2,6 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen in diesem Jahr, und es wären 2,9 Milliarden DM im nächsten Jahr. Ich sage: Diese Schätzfehler lasse ich mir nicht anlasten; es sind keine unrealistischen Steuerschätzungen aus dem Hause Schleißer, sondern ich habe Ihnen dargelegt, woher sie sind. Ich kann Ihnen heute schon sagen, wie ich das im Haushalts- und Finanzausschuß getan habe:

- (B) Selbst dann, wenn wir Steuerausfälle haben werden, was nicht einmal mit letzter Sicherheit feststeht - Risiken habe ich Ihnen geschildert -, werden sie sehr deutlich unter den Zahlen liegen, mit denen hier operiert wird.

Nur, Herr Kollege Diegel und Herr Kollege Linsen, Sie haben sich heute morgen und da bei Ihrer Pressekonferenz auch als Steuerschätzer versucht und sind dort zu Ergebnissen gekommen, für die ich kaum Verständnis habe, weil ich vor allem die Grundlage dafür nicht finde. Sie kommen zu dem Ergebnis: Wachstum und Steuereinnahmen seien in etwa identisch. Das liegt bei 2,5 %, also sei der Ansatz, den ich hier angenommen habe, deutlich zu niedrig.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Herr Kollege Diegel, eine solche Auseinandersetzung hätte ich mit Herrn Schauerte nicht gehabt; denn er hätte gewußt, daß man Steuerentwicklungen und Steuerannahmen nicht am realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, sondern am nominalen Wirtschaftswachstum orientiert. Wissen Sie, das ist so ein Problem mit brutto und netto. Sie haben vorhin einmal darauf hingewiesen. Also halten Sie nicht nur brutto und netto auseinander, sondern auch reales und nominales

- Wirtschaftswachstum, weil das viel besser ist und zu viel richtigeren Ergebnissen führt! (C)

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, auch dort sind wir wieder vorsichtiger. Wir sind auch nicht zu dem Plus von 2,3 Milliarden DM, sondern zu einem solchen von 2,1 Milliarden DM gelangt. Das sind 3 % Wachstum der Steuern und nicht 3,5 % - eine Rechnung, zu der Sie gekommen sind.

Da will ich sagen, wozu man bundesweit kommt, einschließlich Bundesfinanzminister, einschließlich der Auswirkungen des Jahressteuergesetzes, einschließlich der Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen, d. h. von der Oktoberschätzung her sagt der Bundesfinanzminister: Die Ländersteuern West steigen 1995 um 5,5 %, 1996 um 5 %. - Nordrhein-Westfalen hat statt dieser 5 % für 1996 nur 3 % eingesetzt.

Ich könnte noch die Zahlen nennen, die die übrigen Länder, Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein, ansetzen. Kein einziges Land ist da realistischer, ist näher bei der Wirklichkeit als Nordrhein-Westfalen. Wir werden das auch in der Zukunft sein.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Meine Damen und Herren, die Verschuldung 1996, die spektakuläre Geschichte des Bundes der Steuerzahler in der vergangenen Woche, was da jede Sekunde passiere: Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte bedrohlich ist, daß vieles gemeinsam bedacht werden muß, bedacht werden müßte, um zu Änderungen zu kommen. Nur, ich lasse das nicht dem Land Nordrhein-Westfalen anlasten, was hier nicht anzulasten gilt.

Sie haben zu Recht gesagt: Wir haben 6 Milliarden DM Neuverschuldung 1996 eingestellt. Das ist viel, deutlich weniger könnte es aus meiner Sicht auch sein. Aber halten Sie dagegen doch einmal - das ist vorhin auch schon gesagt worden - 2 Milliarden DM Mindereinnahmen durch Steuerrechtsänderungen, 2,1 Milliarden DM Fonds Deutsche Einheit, mindestens 1,7 Milliarden DM im Jahre 1996 für den Länderfinanzausgleich - 5,8 Milliarden DM allein in diesen drei Positionen, die durch das Land nicht beeinflussbar sind, nicht durch politisches Handeln beeinflusst werden können. Das heißt, für Landesleistungen, für Landespolitik wirklich nur noch ein verschwindender Rest weniger, 100 Millionen DM.

(Minister Schleißer)

(A) Nun habe ich mit ein wenig Ärger vernommen, daß Sie sagen, die konjunkturell verbesserten Steuereinnahmen der vergangenen Jahre seien nicht zum Abbau des Schuldenzuwachses verwandt worden. Dann sehe ich mir unsere Unterlagen an, auch die Unterlagen, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, und ich stelle fest, daß in den ersten drei Jahren der abgelaufenen Legislaturperiode bundesweit und auch in Nordrhein-Westfalen eine gute konjunkturelle Situation war. Das hat sich bei den Steuereinnahmen niedergeschlagen. Wir haben von 1990 bis 1994 - über alles gerechnet - 4,5 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen gehabt, als wir das ursprünglich aufgrund der konjunkturellen Entwicklung geplant hatten. Nur, wir haben diese zusätzlichen Steuereinnahmen nicht in die Ausgaben gesteckt, sondern haben sie voll zur Absenkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt und haben darüber hinaus sogar noch ein wenig mehr getan:

Wir haben die Neuverschuldung - das heißt, die nicht in Anspruch genommene Nettokredit-ermächtigung - um 5,3 Milliarden DM abgesetzt. Auf der einen Seite 4,5 Milliarden DM mehr durch konjunkturell bestimmte Steuereinnahmen, 5,3 Milliarden DM Ausnutzung der Nettokredit-ermächtigung. Ich kenne kein Land, das derart eindeutig Steuermehreinnahmen zur Absenkung genommen hat.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch kritisch zum Landeshaushalt die Personalausgaben angemerkt. Auch da hätte ich die Bitte, wenn Sie Nordrhein-Westfalen kritisieren, dann nennen Sie doch ein einziges Land.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ich meine die Regierung!)

- Sie verwechseln das schon einmal. Ich nehme aber Ihren Punkt auf und sage: Sie kritisieren die Landesregierung. Dann nennen Sie mir doch eine andere Landesregierung, die bei den Personalausgaben günstiger abschneidet als Nordrhein-Westfalen, eine einzige,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Pro Kopf!)

- gleichgültig, ob pro Kopf. Ich kann Ihnen das schildern. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen für Personal so viel ausgeben würden wie der Durchschnitt der anderen Flächenländer, ständen in unserem Haushalt 4 Milliarden DM mehr Ausgaben, als wir tatsächlich für Personal aufwenden. Sie halten uns doch Baden-Württemberg vor, Sie halten uns Bayern vor. Dann sehe ich mir das an. Wenn wir die bayerischen Standards hätten, dann

ständen in unserem Haushalt 2,6 Milliarden DM mehr Ausgaben für Personal. (C)

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Hätten wir den baden-württembergischen Personalstand, wären es 4,7 Milliarden DM mehr.

(Loke Mernizka [SPD]: Da guck mal!)

Wenn Sie nichts mehr wissen, dann sagen Sie, daß das ja alles nicht zu vergleichen sei. Das finde ich schon eine eigentümliche Vergleichsleistung. Wir haben die Ausgaben und Einnahmen der Länderhaushalte bewußt vergleichbar gestaltet. Wenn man dann vergleicht, dann sagen Sie: Das geht einfach nicht, weil uns das nicht in den Kram paßt. Das ist die Politik, die Sie betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort noch zur Haushaltssperre. Sie sagen: Das ist zu früh. Oder: Das ist nicht früh genug, je nachdem, wie das gerade paßt.

(Zuruf von der CDU)

Ich sage nur: Der Finanzminister - darauf bestehen Sie ja sonst auch - ist an Recht und Gesetz gebunden. Er kann nicht willkürlich eine Haushaltssperre erlassen, weil die Opposition das möchte oder weil andere Länder das machen. Er hat sich nach seinem Haushalt zu richten. Denn § 41 unserer Haushaltsordnung läßt eine haushaltswirtschaftliche Sperre nur zu - ich zitiere -, wenn die Entwicklung der Einnahmen oder der Ausgaben es konkret erfordert. Nach einschlägiger Kommentierung heißt das, daß eine Störung des Haushaltsgleichgewichtes eingetreten ist. (D)

Diese Störung ist Anfang Oktober nicht dagewesen. Was die Einnahmenseite angeht, so lagen die Steuereinnahmen einschließlich des dritten Quartals um 3,3 Prozent oberhalb des Vorjahres. Die sonstigen nichtsteuerlichen Einnahmen waren weit besser als veranschlagt. Sie hatten längst den Rückstand bei den Steuereinnahmen kompensiert, so daß einschließlich Oktober niemand davon ausgehen konnte, daß dieses Haushaltsgleichgewicht nicht gegeben sei. Auch wenn Mindereinnahmen als Risiko erkennbar waren, so waren sie längst durch andere Einnahmepositionen ausgeglichen. Dann kam die Entwicklung durch den Länderfinanzausgleich, der Ihnen bereits geschildert worden ist, eine Entwicklung, von der noch niemand weiß, wie sie sich in den nächsten Jahren darstellen wird.

Meine Damen und Herren, Globale Minderausgaben als letzten Punkt, den Sie angesprochen haben: 366 Millionen DM Globale Minderausgaben

(Minister Schleißer)

- (A) im laufenden Jahr, 414 Millionen DM geplante Minderausgaben im nächsten Jahr. Hierzu sagen Sie, das sei ein Armutszeugnis, weil die Landesregierung nicht in der Lage wäre, konkrete Sparvorschläge zu machen.

Ich erinnere mich: Da hatte die CDU einmal ein großes Ausgabeprogramm vorgeschlagen und verzweifelt nach Finanzierung gesucht. Dann hat sie sich hier hingestellt und neben dem alljährlichen Verkauf von Beteiligungen einen zusätzlichen Vorschlag gemacht. Sie wollte auf die 750 Millionen DM bereits veranschlagter Globaler Minderausgaben weitere 750 Millionen legen. 1,5 Milliarden DM Globale Minderausgaben war die Forderung der CDU 1994, also im vergangenen Jahr noch. Heute sagen Sie: 414 Millionen DM, das sei ein Armutszeugnis. Ich finde, wer solche Vergleiche bringt, müßte sich zunächst einmal selbst daran messen, bevor er andere mißt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, 30 Jahre Opposition der CDU: Ich habe den Eindruck, von der Realität weiter entfernt als je zuvor. Ich sage Ihnen: Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung ist eine realistische Antwort auf die Probleme der Zeit. Wir reden nicht, Herr Diegel, wir handeln.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Herr Finanzminister Schleißer. Ich erteile dem Oppositionsführer der Fraktion der CDU, Herrn Dr. Linssen, das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, hätten Sie nicht den Jux mit der stabilen Koalition, in der Sie sich heute befinden, gebracht hätten, wäre die Glaubwürdigkeit Ihrer Rede größer geworden.

(Beifall bei der CDU)

Aber dadurch, daß Sie das betont haben, merkte man, daß vieles andere Ihrer Rede auch mit sehr viel mehr Sorgfalt beobachtet werden muß.

Sie haben vorgetragen, daß Sie die Argumentation der Opposition, dieser Haushalt sei Makulatur, sehr ernst nehmen. Sie haben sehr lange Ausführungen zu Steuereinnahmen gemacht, zum

Länderfinanzausgleich, zur Haushaltssperre, die Ihnen vermutlich ein Loch von 500 Millionen DM bescheren wird.

(C)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat sowohl in seiner Einbringungsrede vorige Woche als auch heute genau die Argumentation der Opposition bestätigt. Sie haben heute auf eben die Risiken, auf die wir aufmerksam gemacht haben, hingewiesen. Das finden wir sehr gut. Das ist alles in Ordnung und bestätigt im Grunde genommen, daß wir hier über eine freie Spitze reden, die sehr wahrscheinlich gar keine freie Spitze mehr ist.

Herr Bajohr hat Sie zu Recht schon darauf aufmerksam gemacht, daß Sie bei der Kürzungsorgie, die dann ab Januar stattfindet, bitte schön die GRÜNEN-Prioritäten berücksichtigen möchten. So habe ich ihn zumindest verstanden.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das ist aber nicht das Fazit!)

Er macht sich damit genau die gleichen Sorgen um den Haushalt, der so, wie er vorgelegt worden ist, offensichtlich gar nicht diskussionswürdig ist. Das ist die Botschaft, die wir als Opposition gebracht, die Sie aufgenommen und heute mit all Ihren vielen Worten im Grunde bestätigt haben. Das ist gut so!

(D)

Meine Damen und Herren, natürlich entziehen sich die Steuereinnahmen und die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich immer der - wie haben Sie es doch gleich formuliert? - "Gestaltung des Landes". - Man könnte zwar entgegenhalten, daß wir mit unserer Wirtschaftspolitik ein bißchen ausrichten könnten, insgesamt dazu beizutragen. Der Vorwurf der Opposition bleibt bestehen, daß Sie gerade in der Wirtschaftspolitik eben nicht für die Einnahmenströme sorgen, für die andere Länder mit einer besseren Wirtschaftspolitik in Deutschland gesorgt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ihren Hinweis darauf, wie preiswert diese Landesregierung sei, höre ich - ich bin seit 1980 im Landtag - immer wieder. Vergleichen Sie den Ministerpräsidenten des Saarlandes und die Pro-Kopf-Kosten seiner Regierung, ist er natürlich unverhältnismäßig viel teurer als der Ministerpräsident dieses Landes.

(Heinz Schleißer, Finanzminister: Habe ich das Saarland als Beispiel genommen?)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) - Nein, aber Sie können auch Bremen nehmen. Aber wenn Sie Pro-Kopf rechnen, ist Nordrhein-Westfalen immer am günstigsten.

(Reinhold Trinius [SPD]: Vergleichen Sie doch einmal Nordrhein-Westfalen mit Bayern und Baden-Württemberg!)

Wir können uns in Nordrhein-Westfalen vielleicht noch einen Co-Ministerpräsidenten leisten, der effektiver arbeitet; auch dann würden wir noch nicht den Durchschnitt des Saarlandes, des Landes Bremen oder eines anderen Bundeslandes erreichen. Lassen Sie uns deshalb nicht versuchen, mit Statistik irgendetwas zu beweisen. Vielmehr können wir uns absolute Zahlen angucken:

Meine Damen und Herren, vergegenwärtigen Sie sich einmal, daß Bayern 1994 fast 2,5 Milliarden DM Steuern zurückgezahlt hat. Das ist ein Signal, das aufgrund offensichtlich besserer Landespolitik von dieser Landesregierung ausgegangen ist. Demgegenüber verschulden Sie sich wirklich permanent. Wir waren ja im Laufe der letzten Jahre schon wesentlich unter dem Niveau von 6 Milliarden DM. Es ist nicht so, als erlebten wir eine kontinuierliche Rückentwicklung der Netto-Neuverschuldung.

(Minister Heinz Schleußer: Ich habe Ihnen diese 6 Milliarden DM doch erklärt!)

- (B) - Natürlich haben Sie das erklärt, aber Sie erklären zum Beispiel aufgrund einer Finanzplanung bis zum Jahre 1999, daß wir auf eine Milliarde DM runterkommen, und zwar vor dem Hintergrund von Schätzungen, die wirklich unreal sind. Wir werden 1998 - vielleicht schon früher - wieder hier stehen und Ihnen das anhand der dann eingetroffenen Zahlen beweisen können.

(Helmut Diegel [CDU]: Das wird alles korrigiert werden!)

Interessanterweise hat Sie Herr Bajohr aufgefordert, mit der Privatisierung endlich ernst zu machen. Herr Bajohr, so habe ich Sie verstanden. Das finde ich sehr gut, weil es ein Credo der Opposition - früher gemeinsam mit Ihnen - gewesen ist. Sie sind sich in dieser Sache ausnahmsweise einmal treu geblieben.

Herr Finanzminister, von Ihnen würde ich gerne einmal wissen, wann Sie denn damit ernst machen. Denn dieses Stück bekommen wir seit 1993 vorgetragen. Sie und jeder andere Minister erklären jeweils die zu privatisierende Einheit in seinem Bereich zur strategischen Beteiligung. Sie bei der WestLB, Frau Brusis früher bei der LEG.

Das Spiel ist immer dasselbe. Wir sollten uns von Ihnen nicht dauernd verträsten lassen, sondern Sie sollten "Butter bei die Fische" tun. Denn wir müssen in diesem Bereich versuchen, Spielräume freizumachen, damit wir überhaupt noch Akzente setzen können in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Vergegenwärtige ich mir noch einmal die Beiträge von Herrn Trinius und Herrn Bajohr, so hat Herr Trinius sich offensichtlich in starkem Maße mit dem lobenswerten Papier der EKD auseinandergesetzt und auch mit Bonn, weil es ihm offensichtlich peinlich ist, über diesen Haushalt zu sprechen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Nein, überhaupt nicht!)

Herr Trinius, darin waren Sie nur noch von Herrn Bajohr zu übertreffen. Der Herr Bajohr hat nun wirklich die Hälfte seiner Rede nur gegen Bonn gewandt, ein Viertel seiner Rede mit der Verkündigung von GRÜNEN-Programmen und zum Teil Illusionen verbracht - Herr Bajohr ich weiß nicht, ob Sie die Arena verwechselt haben -, und im letzten Viertel Ihrer Rede sind Sie auf die Landespolitik zu sprechen gekommen. Sie haben zum Beispiel beklagt, daß uns - das nehme ich sehr ernst - Gemeinsinn und Toleranz fehlen. Ich gebe gerade Ihnen den guten Rat, vielleicht doch dafür zu sorgen, daß die Kreuze in unseren Schulen und Gerichten bleiben, weil sie ein Ausdruck für Toleranz sind. Ausgerechnet Sie müssen das hier anmahnen!

(Beifall bei der CDU)

Als Sie über Bonn gesprochen haben, wäre es vielleicht auch eine gute Botschaft gewesen, zu sagen, daß das Kindergeld um 7 Milliarden DM erhöht wird. Das ist für die Eltern in dieser Zeit die beste Botschaft überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht hätten Sie darüber sprechen können, daß mit dem Jahressteuergesetz gerade die Schlechtverdienenden und die Schlechtgestellten bei uns in der Gesellschaft um 19 Milliarden DM entlastet werden. Das ist die Botschaft, die von Bonn ausgeht.

(Roland Appel [GRÜNE]: Und Ihre Pflegeversicherung nimmt Ihnen das Geld wieder aus der Tasche!)

Die wenigen Minuten, die mir hier als Redezeit zur Verfügung stehen, möchte ich gerne nutzen, Herr Finanzminister, über das zu sprechen, was Herr

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Trinius hier angeführt hat: Haben wir in dieser Zeit vielleicht nicht doch etwas anderes zu tun, als uns hier Kleinigkeiten um die Ohren zu schlagen?

Es ist zu Recht an die Initiative von Herrn Zwickel erinnert worden. Es ist die Höhe der Arbeitslosigkeit beklagt worden. Herr Bajohr hätte gut daran getan zu erklären, daß wir 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben, aber bei einem anderen Erwerbsverhalten der Frauen und 3 Millionen Zuwanderern zum Teil natürlich gegen Windmühlenflügel ankämpfen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das hätte zur vollen Wahrheit gehört. Ich lasse mir nicht von Leuten die Arbeitslosigkeit in Deutschland um die Ohren hauen, die mir diese Asylpolitik eingebrockt haben. Das muß ich noch einmal deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Herr Linssen, das ist doch nicht zu glauben! Was soll denn das? - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Was haben denn Arbeitsplätze mit Asyl zu tun? Das ist unglaublich!)

(B) Wir müssen alles tun, um in diesem Haushalt wirklich Akzente für Arbeitsplätze zu setzen.

Herr Finanzminister, Sie und andere sprachen immer wieder von dem Programm "Arbeit und Umwelt". Das sind natürlich die zwei Vokabeln, die die wichtigsten Problembereiche in unserem Land betreffen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Damit haben Sie aber nichts zu tun!)

Wenn Sie über ein solches Programm sprechen, müssen Sie aber auch sagen, wie es gestaltet werden soll und welche Mittel dafür eingestellt werden. Sie müssen der Ehrlichkeit halber sagen, daß Sie offensichtlich Positionen im Auge hatten, für die Sie für die gesamte Legislaturperiode 14 Milliarden DM vorgesehen hatten, daß Sie aber auf 13,1 Milliarden DM gekürzt haben. Sie verkaufen ein gekürztes Programm als Segen für dieses Land, und das ist eine Unverschämtheit, um es klar zu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Es geht um Effizienz!)

Ich bin mit meinen Ausdrücken sehr vorsichtig. Aber ich halte die Antwort, die das Finanzministerium dem Kollegen Diegel zweimal gegeben hat, für eine Unverschämtheit. Über die erste Antwort

könnte man noch sprechen; da wurde er auf den Nachtragshaushalt und den Haushalt 1996 vertröstet. Aber die zweite Antwort auf dieselbe Frage war genauso: keine Antwort. So kann man mit Parlamentariern nicht umgehen. (C)

(Genau! und Beifall bei der CDU)

Herr Bajohr, Sie hätten vieles auch an Herrn Clement richten können.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Er war nicht da!)

Sie haben zum Beispiel Bonn dafür getadelt, daß die Arbeitsflexibilität dauernd oberstes Gebot sei. Sprechen Sie doch einmal mit Herrn Clement; er ist vielleicht etwas sachverständiger. Er predigt das jeden Tag, und zwar zu Recht! Da wird er von uns jederzeit unterstützt. Wenn Sie nicht mitmachen, ist das Ihr Bier in der Koalition, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Aber selbstverständlich ist es richtig, daß wir in dieser Zeit der höchsten Wettbewerbsgefährdung Nordrhein-Westfalens sagen: Wir müssen in der Arbeitszeit flexibler werden, um überhaupt Arbeitsplätze bei uns zu halten bzw. neue hinzuzugewinnen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Was sind denn das für Arbeitsplätze bei Arbeit auf Abruf?)

Auch im Zusammenhang mit Steuerentlastung sprach der Kollege Bajohr davon, daß es Gewerbesteuerentlastung nicht geben dürfe. Ich würde Ihnen raten, das in der Koalition einmal zu klären. Ich erinnere mich nämlich an die Debatte über die Regierungserklärung, in der der Ministerpräsident dazwischengerufen hat: Aber selbstverständlich sprechen wir darüber, und selbstverständlich sind wir für eine Gewerbekapitalsteuerentlastung, aber bitte erst 1997. (D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie aus partei-internen Gründen nicht zu Potte kommen - auch das schadet dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Sie schaden dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen!)

Herr Trinius hat vehement vorgetragen, daß wir in den Hochschulen, in der Forschung und in der Umsetzung von Forschungsergebnissen etwas tun müssen. Da wird er von uns nachdrücklich unterstützt. Selbstverständlich, Herr Trinius! Aber Sie müssen einmal Ihren grünen Koalitionspartner fragen, wie er es denn mit der Chemie im Lande

(Dr. Linssen [CDU])

(A) hält, wie es bei Ihrem Koalitionspartner mit Gentechnologie steht.

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

Die Verunsicherung tragen doch nicht wir in die Landschaft, sondern Ihre Koalition! Das bestätigt Herr Clement ja auch.

(Reinhold Trinius [SPD]: Die Möglichkeiten der Gentechnik werden ausdrücklich anerkannt! - Roland Appel [GRÜNE]: Sie haben das doch gar nicht gelesen!)

Sie sprachen davon, daß die Kommunen von Ihnen mit neuen Mitteln bedacht werden. Meine Damen und Herren, die Kommunen haben Anspruch auf 23 % der Steuereinnahmen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Nach Finanzkraft des Landes!)

Wenn Sie das weitergeben, was wir an Steuern mehr einnehmen, ist das doch das Selbstverständlichste der Welt! Wenn Sie ihnen aber 300 Millionen DM insgesamt abziehen, die vorher aus dem Landeshaushalt finanziert wurden, zum Beispiel im Bereich der kommunalen Krankenhäuser und der Weiterbildung, dann ist das schlichtweg ein Klau an dem, was den Kommunen zusteht.

(B) (Beifall bei der CDU)

Herr Bajohr hat davon gesprochen, daß die Prioritäten bei der Verteilung und bei der Kürzung der Mittel richtig gesetzt werden müssen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] nickt.)

Was Priorität hat, darüber sind wir sicherlich oft anderer Meinung als Sie, darüber sind Sie mit Ihrem Koalitionspartner unterschiedlicher Meinung.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Da sind wir gleicher Meinung!)

Aber wenn Sie sich zum Beispiel rühmen, daß für die ökologische Ausstattung von Altbauten 125 Millionen DM mehr bei Bauminister Vesper ausgegeben werden, täten Sie der Wahrheit die Ehre an, wenn Sie gleichzeitig erklärten, daß im sozialen Wohnungsbau, wo es darum geht, den Ärmsten der Armen zu bezahlbaren Wohnungen zu verhelfen, 300 Millionen DM gestrichen werden.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Michael Vesper: Stimmt überhaupt nicht!)

- Sie bauen im sozialen Wohnungsbau 10 % weniger, Herr Vesper. (C)

(Minister Dr. Michael Vesper: Das stimmt doch nicht!)

- Sie können das ja gleich klarstellen. Wenn Sie über die Bauindustrie und Impulse für diese sprechen, wäre es ratsam zu erklären, daß Sie die Mittel für den Landesstraßenbau um 25 % - von 200 Millionen auf 150 Millionen DM - kürzen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Dafür wird der Ausbau des ÖPNV gefördert, und das bringt auch Arbeitsplätze!)

Ein letzter Punkt: Unternehmer braucht das Land! Herr Kollege Diegel und Herr Kollege Trinius haben davon gesprochen. Wir sind uns einig in dem Bemühen, daß wir eine Existenzgründungsoffensive für dieses Land brauchen. Gott sei Dank ist auch in die Köpfe der SPD hineingedrungen, daß gerade im Mittelstand besonders viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist gut so.

Wir wollen uns auch über Erstgeburtsrechte nicht streiten; ich bin im Wahlkampf durch das ganze Land gelaufen und habe gesagt, daß in Nordrhein-Westfalen, wenn man umrechnet, wie viele Selbständige es pro 1 000 Einwohner im Durchschnitt der Bundesländer gibt, 23 000 selbständige Existenzen fehlen. (D)

(Roland Appel [GRÜNE]: Und die Pleitewelle aufgrund der Wirtschaftspolitik Ihrer CDU-Bundesregierung? Sagen Sie dazu mal etwas!)

Wenn Sie sich die Zahlen im gesamten Wirtschaftsetat ansehen, stellen Sie fest, daß seit 1992 von 3,5 Milliarden DM auf 2,6 Milliarden DM heruntergekürzt worden ist; das sind 24%. Für den Bereich, über den wir sprechen, stehen insgesamt roundabout 80 Millionen DM zur Verfügung. Das sind im Vergleich zu diesem Haushalt Peanuts - um diesen wunderschönen Ausdruck einmal aufzunehmen. Wenn Sie sehen, daß wir allein an Revierhilfe und für die Förderung in Montagebetrieben 1,8 Milliarden DM ausgeben, ist die Schwerpunktsetzung, die hier verbal bekundet wird, in Heller und Pfennig nicht nachzuweisen.

Deshalb unser Appell: Power in diesem Bereich! Das werden wir in den Haushaltsberatungen vorlegen. Wir können hier nicht nur verbale Bekun-

(Dr. Linssen [CDU])

(A) dungen loslassen, sondern wir müssen den Leuten auch auf Heller und Pfennig beweisen, daß wir im Landeshaushalt Akzente setzen. Das ist es, was wir brauchen.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Linssen, Ihre Redezeit ist überzogen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Inhaltlich und zeitlich überzogen! - Gegenruf des Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sehr gute Rede!)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Ja, ich komme jetzt zum Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Ansätze des Finanzministers, was die Steuereinnahmen angeht, müssen wir reden, bevor wir uns intensiv mit dem Haushalt beschäftigen. Mein dringender Appell: Kommen Sie nicht erst im Februar mit dieser Vorlage. Sie haben ja gesagt, Sie hätten das Ergebnis für das vierte Quartal am 3. oder 4. Januar.

Ich denke mir, daß Sie da eine unglaubliche Beschleunigung hineinbringen müssen, damit wir aufgrund von realistischen Zahlen realistische Haushaltsberatungen führen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Linssen. - Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Meine Damen und Herren! Ich hatte meine Redezeit vorhin nicht ganz verbraucht. Es war vielleicht gescheit, das nicht zu tun; denn hier sind einige Aussagen gemacht worden, die dringend korrigiert werden müssen, weil sich sonst Falsches festsetzen könnte.

Erstens: Daß sich meine Einschätzung der Koalition, die ich dargestellt habe, von Ihrer Einschätzung unterscheidet, nehme ich Ihnen nicht übel.

Die zweite, viel ernster gemeinte Anmerkung: Wer versucht, steigende Massenarbeitslosigkeit in die Nähe des Asylproblems zu bringen, hat eigentlich das Recht verloren, zu beiden Themen ernsthaft zu sprechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Natürlich ist die Zuwanderung ein wichtiger Faktor!)

Ich will auf die Punkte des Haushalts eingehen: Steuereinnahmen, Wirtschaftspolitik und die Zusammenhänge. Ich hatte dringend gebeten, sich anzuhören, was dazu zu sagen ist. Dann wird man feststellen: Warum kann es denn eigentlich sein, daß Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, was die Finanzkraft dieser Länder angeht, so eng beieinander sind? Zwischen 102 und 103 % liegen alle, quartalsweise sogar in der Reihenfolge verschoben.

Deshalb muß man doch wirklich davon ausgehen, daß wir mit vielen Anstrengungen wieder eine solide Basis erreicht haben und daß nicht immer Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts ausschlaggebend sind, sondern die Basis gesehen werden muß.

Wenn die Argumentation des Herrn Linssen stimmig wäre, gäbe es keine blühenderen Landschaften als die in den neuen Ländern, denn dort haben wir Steigerungsraten von jährlich fast 10 %. Das heißt, es wäre eigentlich Unsinn, über den Länderfinanzausgleich und anderes Transferleistungen zur Verfügung zu stellen, denn die Wachstumsraten sind ja beeindruckend. Kommen Sie doch auch dort zur Realität zurück!

(Zustimmung bei der SPD)

Sehen Sie doch, was das Land ausmacht! Sehen Sie, wo das Land steht, und bewerten Sie es danach - das Land und nicht die Landesregierung!

Nun sagen Sie, der Finanzminister rede über Veräußerungen von Landesvermögen, und es passiert nichts. Wir können Ihnen belegen und haben Ihnen belegt, was verkauft ist. Wir haben Meinungsverschiedenheiten, darüber, was verkauft werden könnte.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Natürlich! Das haben wir aber nie unterschiedlich dargestellt, und wir werden das auch nicht tun. Wir halten das aus diesen und jenen Gründen nicht für angemessen; es wird so bleiben, Herr Kollege Linssen.

Nur wenn Sie beispielsweise die Lufthansa ansprechen, bin ich froh, daß ich einen verlässlicheren Partner in Bonn habe. Herr Kollege Waigel würde solche Dinge nicht sagen, weil er weiß, daß wir Lufthansa-Anteile nicht verkauft haben, um keinen Schaden für diese Gesellschaft zu verursachen. Denn der Verkauf der Anteile

(Minister Schleußer)

- (A) Nordrhein-Westfalens hätte dazu geführt, daß die Lufthansa unter 50 % öffentliche Beteiligungen gekommen wäre und damit alle Privilegien weltweit verloren hätte. Sie kennen vielleicht die Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Lufthansa zu diesem Punkt. Hier hört man, wenn man sich im Rahmen des Gesamtstaates verhält, Vorwürfe der Opposition.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was ist denn mit der LEG, mit Messen, mit Flugplätzen?)

- Das werden wir alles noch regeln können, wenn wir über die Details des Haushaltes reden wie auch darüber, wie es denn eigentlich mit dem Programm "Arbeit und Umwelt" ist. Ich werde Ihnen noch in diesen Haushaltsplanberatungen vorlegen können, worum es im einzelnen geht.

Von Beginn an war klar: Das ist kein frisches Geld, aufgenommen auf dem Kreditmarkt, sondern es ist ein gescheites Umschichten vorhandener Mittel in bestimmte Schwerpunkte, in bestimmte Projekte. Nur dauert das vielleicht ein wenig länger, als Sie Geduld haben; auch uns dauert es vielleicht ein wenig zu lange. Aus der Vielzahl der Ressorts müssen die jeweiligen Möglichkeiten gesucht werden, die diese Bündelung zulassen. Es muß in Übereinstimmung gebracht werden, was im Wirtschaftsministerium, im Umweltministerium, im Bauministerium, im Wissenschaftsbereich passiert, und es muß koordiniert werden. Es ist eine Mühe, aber sie lohnt sich.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was die Nettokreditaufnahme angeht: Ich habe natürlich, Herr Kollege Bajohr - ich nehme das wieder auf, weil auch der Kollege Linssen das so interessant findet -, gesagt: Wenn es erhebliche Risiken beim Länderfinanzausgleich gibt, wenn ich Risiken bei den Steuereinnahmen nicht ausschließen kann, kann ich auch Auswirkungen auf die Nettokreditaufnahme nicht ausschließen. Sie können ganz sicher sein, daß das mein letzter Weg ist, meine letzte Entscheidung sein wird. Aber vielleicht lassen Sie mir auch gar keine andere Chance, als diesen letzten Schritt zu gehen.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] -
Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: An uns soll es nicht liegen, Herr Finanzminister!)

- Wir werden ja sehen, daß dann alles noch viel einfacher werden wird als das, was wir vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Linssen, noch einmal zu den Beteiligungen zurück! Da ist Bayern in der sehr komfor-

tablen Lage, Erbe des alten Landes Bayern zu sein. Wir Nordrhein-Westfalen sind die Teilerben Preußens. Aber das, was Preußen an großartigem Vermögen gehabt hat, hat der Bund in den letzten Jahren veräußert, um damit seine Haushaltslöcher zu stopfen. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben auch noch einiges!)

Da ist preußisches Vermögen übergegangen auf den Bund, nicht auf den Erben Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber wir haben auch ein paar Milliarden!)

Sehen Sie, ich hätte es auch schön gefunden, 3 Milliarden DM durch Veräußerung eines Industrieunternehmens zu erzielen und damit eine neue Offensive "Wissenschaft und Wirtschaft" auf den Weg zu bringen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie haben es nicht getan!)

Ich sage nur: Unser Erbe ist vom Bund zum Stopfen seiner Haushaltslöcher verkauft worden. Wir hatten eine solche Chance, eine solche Möglichkeit nicht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Doch, wir haben ein paar Milliarden!)

(D)

Ländervergleiche - absolute Zahlen! Herr Kollege Linssen, wer hat Ihnen einen solchen Unsinn erzählt?

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Es gibt gute Gründe:

(Klaus Matthiesen [SPD]: Dafür haben wir Lippe gekriegt, Herr Finanzminister!)

Alle 16 Länder und der Bund bemühen sich darum, ihre Zahlen des Haushalts vergleichbar zu machen, damit man sieht, wo Schwerpunkte liegen und wo es Ausreißer gibt. Jahr für Jahr versuchen wir, die Haushaltspläne vergleichbar zu machen, und dann kommen Sie hierher und sagen, das ginge nur mit absoluten Zahlen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, nicht nur!)

und das Saarland würde ich als Vergleich heranziehen. Ich habe weder das Saarland noch Bremen noch Hamburg genommen. Ich habe diejenigen Länder genommen, die Sie uns so oft als Vergleich vorschlagen:

(Heinz Hunger [SPD]: So ist es!)

(Minister Schleußer)

- (A) Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. Und da sagen Sie, die hätten mit stabilen, großen, wirtschaftlich starken Ländern nichts zu tun? - Vergleichen, dort wo es angebracht ist, vergleichen dort, wo es möglich ist!

Abschließend sage ich Ihnen noch einmal: Unsere Steuerschätzungen sind real. Wir sind heute noch in allen Schätzungen für das Jahr 1995 und für das Jahr 1996 trotz der Steuerausfälle durch das Steueränderungsgesetz, trotz der Steuerausfälle durch Steuerrechtsänderungen, herausgekommen bei der Steuerschätzung Oktober, realistischer, als es der Bund uns vorschlägt und als alle anderen Länder veranschlagt haben. Dann sagen Sie, diese Steuereinnahmenschätzungen seien unreal? Was sind denn eigentlich die anderen?

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Kommen Sie zur Realität in Nordrhein-Westfalen zurück!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Schleußer. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Walsken das Wort. Bitte schön.

- (B) **Ernst-Martin Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gefragt, was den Kollegen Linssen in dieser Debatte hier so lange auf dem Sitz hält.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Warten auf Sie!)

Zugegebenermaßen, Herr Kollege Linssen: Ich hatte bei den Kollegen Trinius und Bajohr das Gefühl, daß, wenn Historiker über einen Jahreshaushalt reden, man eine Dimension von Zeitgeschichte bekommt; und das ist, muß ich zugeben, beim Zuhören manchmal etwas schwierig.

Aber ich habe dabei gelernt, daß die innovativen Kräfte im Parlament gestärkt worden sind und daß die Pünktchenpartei nicht mehr im Parlament ist. Ich habe versucht, diese Folie auf die WestLB-Debatte der letzten Tage zu legen, und dabei ist mir, muß ich Ihnen sagen, die Trennschärfe etwas abhanden gekommen. Deshalb müßten wir uns in den nächsten Monaten und Jahren bemühen, das, wie Sie erklärt haben, Herr Bajohr, anhand von sachlicher Politik und nicht anhand von Personal-

entscheidungen wieder ein bißchen mehr in den Vordergrund zu schieben. Dies will ich aber nur ganz zart und vorsichtig anmerken. (C)

Ich hatte bei Ihnen, Kollege Linssen, den Eindruck, daß Sie deshalb hier gesessen haben, um einmal festzustellen, an welchen Punkten - vielleicht in irgendwelchen Nebensätzen - es Widersprüche zwischen dem, was die SPD und DIE GRÜNEN äußern, gibt. Dabei sind Sie so ganz nebenher auf das Erfolgsrezept gekommen, mit dem diese Koalition bestehen will. Das Erfolgsrezept besteht nämlich darin, daß die SPD in der Koalition ein Profil hat, daß DIE GRÜNEN in der Koalition ein Profil haben und daß man bei den beiden unterschiedlichen Profilen zusehen muß, Handlungsfähigkeit durch gemeinsame Entscheidungen zu demonstrieren. Und das machen wir.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, nicht dem Irrtum zu unterliegen, als könnten Sie mit solchen Spielchen, der eine habe gestern dieses und der andere vorgestern etwas anderes gesagt, ernsthaft in die Debatte eines Meinungsbildungsprozesses eingreifen. Sie, Herr Linssen, sind in einer viel größeren Gefahr. Sie stehen nämlich in der Gefahr, daß Sie sich in Wahrheit von den wichtigen politischen Debatten, die hier stattfinden, entfernen und sich nicht an dem Prozeß beteiligen, Nordrhein-Westfalen nach vorn zu bringen. Und darin liegt die viel größere Gefahr, daß uns nämlich die Opposition im Land in dem Prozeß der Entwicklung Nordrhein-Westfalens abhanden kommt. Davor habe ich, ehrlich gesagt, Sorge. Ich bitte Sie also: Beteiligen Sie sich an den ernsthaften und wichtigen Diskussionen, die hier stattfinden. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen. So ganz locker haben Sie auf die Gewerbesteuerdiskussion hingewiesen und auf das, was Minister Clement und andere gesagt haben. Sie wissen ganz genau:

Erstens. Die Gewerbesteuerentscheidung findet in Bonn statt. Die Bundesregierung hat den Aufschlag.

Zweitens. Wir haben in Nordrhein-Westfalen als Land die Interessen der Gemeinden zu vertreten. Welche Lösungsmöglichkeiten sieht denn die CDU, die Gemeindekassen schadlos zu halten, wenn die Entwicklung eintritt, die Ihr Bundesfinanzminister will?

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Walsken [SPD])

- (A) Ich sage Ihnen: Es ist sehr viel einfacher zu lamentieren, als konkrete Vorschläge zu machen und sich an der Debatte zu beteiligen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Die Mehrwertsteuerdiskussion - das wissen Sie selbst, Herr Linssen - ist hinsichtlich der Vorschläge, die von der Bundesregierung vorliegen, insofern ein Witz, als man der Ansicht ist, wir könnten im Landeshaushalt Geld sparen, um es den Gemeinden zu geben. Sie wissen ganz genau, daß dies in der Weise, wie es vorgeschlagen worden ist, nicht geht. Sie wissen auch ganz genau, daß die eigentliche Absicht der Bundesregierung darin besteht, uns Sozialdemokraten und den Ländern die Verantwortung für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aufzudrängen, damit die Gemeindekassen entsprechend besser dotiert werden können. Ich warne Sie vor einem solchen Versuch unredlicher Politik in Nordrhein-Westfalen und im Bund.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Walsken, würden Sie eine Frage von Herrn Linssen zulassen?

- (B) **Ernst-Martin Walsken (SPD):** Aber sicher doch. - Ich nehme an, daß ich sie schon beantwortet habe; deshalb muß er jetzt noch überlegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Walsken, ist Ihnen bekannt, daß ein perfekter Vorschlag für die Kompensation der Gewerbesteuer für die Kommunen vorliegt und daß er deshalb besonders günstig für die Kommunen ist, weil er gerade auf der Basis der 92er Gewerbesteuereinnahmen gerechnet ist, und im Zusammenhang mit der Umverteilung von Mehrwertsteueranteilen auf die Kommunen überhaupt nie von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer gesprochen worden ist?

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Kollege Linssen, genau das habe ich gesagt. Ich habe gesagt, daß Sie wollen, daß das Land auf Geld verzichtet, damit die Gemeinden eine entsprechende Kompensation bekommen. Genau das habe ich gesagt. Nur, dann schlagen Sie doch einmal vor, an welcher Stelle im Landeshaushalt das Geld eingespart werden soll, das wir dann den Gemeinden

geben sollen. Wenn Sie das einmal vorschlagen, können wir darüber diskutieren, anstatt hier solche Buhmänner aufzubauen bzw. solche Schlupflöcher anzulegen, wie Sie es tun. (C)

(Reinhold Trinius [SPD]: Vier Ministerien!
- Gegenruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Wir haben heute morgen die historische Debatte gehört, und historisch ist sicherlich, daß die rot-grüne Landesregierung zum ersten Mal einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat. Dabei halte ich es für ganz wichtig, daß sich dieser Haushaltsplanentwurf an dem orientiert, was in der Regierungserklärung vorgegeben ist und was die Koalitionsparteien auch an Rahmenbedingungen für die finanzwirtschaftliche Stabilität der nächsten Jahre ausgegeben haben. Das ist ein ganz entscheidender Punkt; denn Ihre ganze Hoffnung als Opposition beruhte ja darauf zu glauben, daß diese rot-grüne Koalition finanzwirtschaftlich unsolid werde und Sie so ein leichtes Spiel hätten, uns in die finanzwirtschaftlich unsolide Ecke zu stellen. Das ist Ihnen nicht gelungen, und es wird Ihnen auch nicht gelingen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Denn alles das, was wir an Rahmenbedingungen festgelegt haben, werden wir in der Koalition durchhalten - und dies auch mit Kraft, was nicht ganz einfach ist, weil Sie ja natürlich jede Möglichkeit nutzen wollen, um mit Forderungen nach Mehrausgaben bei bestimmten Klientelen Druck auszuüben, obwohl Sie genau wissen, daß die Finanzlage das Gegenteil von Mehrausgaben notwendig macht. (D)

Nimmt man als Grundlage einmal die von uns getroffenen Vereinbarungen - Personalausgaben dürfen 50 % der Steuereinnahmen nicht überschreiten und dürfen nicht höher als 40 % der Gesamtausgaben sein -, dann können Sie anhand der mittelfristigen Finanzplanung und anhand des Haushaltsplans 1996 genau erkennen, daß wir diese Linien einhalten. Wenn man den Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1996 nimmt, dann liegen wir ohne Berücksichtigung des "Fonds Deutsche Einheit" und des Föderalen Konsolidierungsprogramms bei einer Personalausgabenrelation liegen wir im Jahre 1996 nur knapp über 40 %. Das heißt: Die Margen, die Linien, die wir finanzwirtschaftlich als notwendig erachten, werden eingehalten.

(Walsken [SPD])

- (A) Gehört hätte ich von der Opposition gerne etwas zur Frage des Stellenabbaus. Es ist für die Landesregierung und für die Koalitionsfraktionen nicht einfach, Stellenabbau zu beschließen und zu betreiben.

(Zuruf von der CDU: Vier Ministerien abbauen!)

- Das sind die Größenordnungen, die für Sie noch verständlich sind. Bei den Größenordnungen, über die ich rede, handelt es sich um 10 000 abzubauen Stellen.

Und diese 10 000 oder - wie angekündigt - 12 000 Stellen müssen in der Tat abgebaut werden. Denn wenn wir die Personalkosten einschließlich der Alterslastenentwicklung betrachten, hätten wir im Jahre 2020 ohne entsprechende Handlungen jetzt eine Personalsteuerquote von über 60 %. Deshalb geht es hier um die strategische Weichenstellung für die Politik der nächsten Jahrzehnte. Wir reden nicht allein über den Haushaltsplan 1996; wir reden über strategische Weichenstellungen für die öffentlichen Haushalte der nächsten 10 bis 15 Jahre. Um überhaupt Bewegungsmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten, im Landshaushalt zu bekommen, um den nächsten Generationen von Politikern auch die Chance zu eröffnen, Politik gestalten zu können, kommen wir angesichts der Entwicklung der Pensionslasten der nächsten Jahre und Jahrzehnte gar nicht daran vorbei, die Personalausgaben zu senken.

- (B) (Peter Bensmann [CDU]: Dann machen Sie doch einmal einen Vorschlag!)

- Kollege Bensmann ist gerade eingetroffen. Ich begrüße Sie! Es ist schön, daß Sie schon eine Sekunde da sind. So haben Sie wenigstens einen Teil meiner Rede mitbekommen. Das reichte Ihnen offenbar schon für eine Zwischenbemerkung.

Ich sage Ihnen: Diese Koalition wird diese strategische Einschätzung durchhalten. Es wird Ihnen nicht gelingen, uns in der Debatte darum Schwierigkeiten zu bereiten, weil Sie nicht in der Lage sind, konstruktive Alternativen zu diesem Weg anzubieten. Sie sind dazu nicht in der Lage! Sie sind dazu strukturell nicht in der Lage!

(Peter Bensmann [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört, Herr Kollege!)

Daß wir Schwierigkeiten haben, diese Stellen in den nächsten Jahren abzubauen, ist ganz klar. Es wird für die Landesregierung einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeuten, nicht nur quantitativ,

- d. h. durch Rationalisierung, abzubauen, sondern durch Aufgabenkritik sozusagen in die zweite Stufe der Aufgabenüberprüfung einzusteigen und damit in der Sache Aufgaben wegzunehmen, die dann auch personalmäßig nicht mehr bedient zu werden brauchen. Das wird der zweite große Schritt sein, den wir in dieser Legislaturperiode durchhalten müssen. (C)

Ich will, weil die Redezeit in der Tat sehr begrenzt ist, nur auf einen Teilbereich eingehen, und das ist der Teilbereich "Lehrer". Würden wir ohne Änderung der Berechnungsgrundlagen die 230 000 zusätzlichen Schüler, die wir zu erwarten haben, auf den Lehrerberuf umlegen, müßten wir bis zum Jahre 2000 9 100 und bis zum Jahre 2004 13 500 zusätzliche Stellen einrichten. Selbst wenn wir das vereinbarte Einstellungskontingent von 440 jährlich realisierten, könnten wir nur 2 500 von dem Bedarf absetzen.

Aber es gilt das, was der Ministerpräsident in der Regierungserklärung ausgeführt hat, nämlich daß die einfache Gleichung, daß steigende Schülerzahlen entsprechend mehr Lehrerstellen mit sich bringen, nicht mehr zu bezahlen ist. Diesem Problem haben wir uns zu stellen.

Die Bildungsministerin führt gegenwärtig den Dialog mit den Verbänden, um auf gemeinsam entwickelte Möglichkeiten zur Deckung dieses Bedarfs ohne finanzielle Mehrbelastung hinzuwirken. Der Landtag hat mit 440 Stellen einen Teil geleistet. Der Finanzminister als Nichtteilnehmer dieser Gespräche der Bildungsministerin hat schon erklärt, daß er eine Mehrbelastung der Lehrer in Höhe von zwei Stunden für notwendig hält. Es war wichtig, daß er von seiner Seite die Dinge finanzpolitisch bewertet hat. Wichtig ist aber auch, daß sich das Parlament und die Bildungsministerin, die jetzt am Zuge sind, über ein Konzept verständigen, welches dem rechnerischen Bedarf Rechnung trägt, ohne daß eine undifferenzierte Lösung und nur auf wenige Schultern verteilte Last dabei herauskommt. (D)

Unsere Linie wird und muß sein, einen Mix aus zusätzlichen Stellen, aus zusätzlichem Geld für "Geld statt Stellen" und differenzierter Mehrbelastung möglicherweise im Einvernehmen mit den Verbänden herzustellen. Das ist das große Kunstwerk, vor dessen Schaffung wir im Augenblick stehen.

Auch insoweit kann ich die Opposition nur ermuntern, diesen Dialog mit uns zu führen und die Lehrerverbände einschließlich der Lehrer selbst zu

(Walsken [SPD])

- (A) motivieren, in die Diskussion mit uns einzutreten. Denn nichts ist leichter, als Verantwortung dann zu tragen, wenn man davon überzeugt ist, daß man sie richtig trägt. Wir sind froh, daß unter diesen Voraussetzungen ein konstruktiver Dialog über den Haushaltsplan 1996 in diesem Parlament stattfinden wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Walsken. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind ja nun am Ende dieser Debatte. Und ich habe mich - ich war selber Opposition und damit in Ihrer Situation - die ganze Zeit gefragt, wo und wann der Punkt kommt, an dem die Opposition Alternativen aufzeigt.

- (B) Ich bin sehr enttäuscht. Die Reden von Herrn Schauerte damals haben mich gegenüber dem heute Gehörten wenigstens stark erheitert oder, besser gesagt, wachgehalten, weil darin wenigstens noch eine ideologische Würze lag, wenn auch sicherlich von einer ganz abseitigen Art und Weise, aber immerhin: Das war unterhaltsam. Im Gegensatz dazu war das heute morgen Gebotene wirklich Hausmannskost. Es ist nicht klargeworden, was Sie anders machen würden. Es ist nicht klargeworden, wohin Sie wollen. Ideen sind nicht gekommen. Herr Diegel, Ihre dicke Rede habe ich Seite für Seite durchgeblättert, weil ich dachte, ich fände einen konkreten Satz, einen konkreten Gedanken, dem man nachgehen könnte. Herr Diegel, ich habe den Eindruck, das hat System.

Herr Linssen hat gesagt, daß er seit 1980 hier im Landtag sei. - Dazu fällt mir nur ein: Das merkt man.

Darüber hinaus erwartet man, zumindest den einen oder anderen Gedanken der Opposition als Hilfestellung, als Anregung verwenden zu können. Ich habe mir überlegt, wie Sie wohl in die Haushaltsberatungen gehen würden. Sie werden wahrscheinlich, wie ich Sie so kenne, genau wie in den vorherigen Haushaltsberatungen immer nur Erhöhungs-, aber keine Kürzungsanträge stellen.

Wie Sie das machen, das will ich Ihnen gerade einmal vorlesen. Wir haben dazu einen Antrag,

der morgen beraten wird. In dem CDU-Vorschlag (C) steht:

"Der Landtag fordert den Ministerpräsidenten auf, ... den Aufgabenbestand der Landesregierung einer radikalen Aufgabenkritik unter Beachtung der Prinzipien des § 5 Landesorganisationsgesetz zu unterziehen und in den Ministerien nur noch die eigentlichen Leitungsaufgaben zu erledigen, die dann mit einem erheblich reduzierten Personalkörper bewältigt werden können."

Das soll dann die Personalkosten der Ministerien um 30 Prozent reduzieren. Mein Gott! Meinen Sie wirklich, daß das seriös ist, daß man so Politik machen kann? Also ich glaube das nicht. Das sind Anträge, wozu man im juristischen Bereich sagt: formlos, fristlos, fruchtlos. Solche Anträge sind nicht umsetzbar. Das ist glatter Unsinn.

Ich habe ein Stück weit Herrn Wicke! von der F.D.P. vermißt. Dann war ich aber froh, daß die CDU auch an dieser Stelle die Lücke gefüllt hat. Sie haben von ehrlicher Besorgnis über die Verschuldung des Landes gesprochen. Pro Jahr steigt die Verschuldung um soundso viel, pro Monat, pro Woche, pro Tag, pro Stunde, pro Sekunde um soundso viel. Man stellt sich richtig die Uhr vor, die ein schreckliches Geräusch macht, und sieht gewissermaßen einen Dampfer, der einen vor lauter Verschuldung überfährt. (D)

Ich glaube, Sie haben überhaupt kein Recht dazu, darüber zu klagen, weil es Ihre Partei ist, die erstens in Bonn vorneweg die höchsten Schulden macht,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

die zweitens durch Steuergeschenke an Unternehmen wiederholt dazu beigetragen hat, daß die Situation der öffentlichen Finanzen so katastrophal ist, und drittens mit ihrer katastrophalen Arbeitsmarktpolitik dafür sorgt, daß Menschen nicht wieder in Lohn und Brot kommen und deswegen die Sozialausgaben so hoch steigen.

Gerade bei der Frage der Gewerbesteuer, die hier schon einmal angesprochen worden ist, zeigt sich doch, was Sie machen. Sie bluten ohne einen entsprechenden Ersatz die Kommunalfinanzen aus. Wer an den Ersatz glaubt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann. Das wird genau dazu führen, daß die Kommunen weiter in den Ruin getrieben werden. Das ist Ihre Politik.

(Helmut Diegel [CDU]: Alles falsch!)

(Dr. Busch [GRÜNE])

- (A) Die neuen Akzente in der Landespolitik, die mit Rot-Grün verbunden sind - das werden Sie sicherlich zugeben -, sind nicht ursächlich für die Finanzprobleme des Landes,

(Beifall bei den GRÜNEN)

also nicht das Schwulen- und Lesbenreferat. Sie lassen ja keine Gelegenheit aus, das Schwulen- und Lesbenreferat in den Zusammenhang mit der Finanzlage des Landes zu bringen. Ich glaube, Sie wissen selber, daß das lächerlich ist. Das ist nämlich nicht die Ursache, sondern Ursache sind die zwangsläufigen Mehrausgaben und die von Ihnen verursachten Steuerausfälle. Deswegen ist es richtig und notwendig, die Hälfte der Redezeit gegen Bonn zu richten.

Wir haben unter Rot-Grün einiges Positive im Landeshaushalt zu vermelden. Herr Bajohr hat das gerade schon angesprochen. Wir haben eine Trendumkehr bei den Umweltausgaben, wir haben das Programm "Arbeit und Umwelt", also die Umstellung vorhandener Programme auf den Aspekt Arbeit und Umwelt, wir haben die Gründungsoffensive - ein sehr spannendes Projekt, wie ich finde, gerade weil es unserer Kritik aus der Vergangenheit Rechnung trägt, daß sich die Landesförderung sehr stark auf Großunternehmen orientiert hat -, wir haben das Existenzgründerinnen-Programm, wir haben die verlässliche Halbtagschule und etliche andere Punkte.

- (B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Nein, ich komme sonst nicht mit meiner Redezeit klar. Tut mir leid.

Ich will aber nicht versäumen, einen kurzen Ausblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen zu geben. Unser Ziel ist die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Das ist das gemeinsame Ziel. Das heißt, unser Ziel ist die Umsetzung und Ausfüllung des 600-Millionen-DM-Einstiegskorridors, den wir in den Koalitionsverhandlungen beschlossen haben. Da sind für uns noch wichtige Punkte offen. Ich nenne die sozialen Betriebe, die im Haushalt noch nicht angemessen verankert sind, den Ausbau des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe", die Regionalstellen "Frau und Beruf", die Aids-Prävention und Pflege von Aidspatienten, landesweite Fahrradstationen, den generellen ÖPNV-Ausbau usw. Aus unserer Sicht sind eine Reihe von Punkten offen. Das werden wir mit

unserem Koalitionspartner bereden. Wir wissen, daß das nicht einfach ist. Wir haben auch Einsparvorschläge. Wir wollen natürlich - das ist vorhin schon angesprochen worden - die Straßenbaumittel kürzen, weil wir die angesichts der generellen Kürzungen im Haushalt für zu hoch halten.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns ist offensichtlich im Unterschied zu Ihnen von der CDU klar, daß man, wenn man Erhöhungsvorschläge macht, auch Deckungsvorschläge machen muß und daß man hier Roß und Reiter nennen muß. Das werden wir tun. Darüber werden wir reden.

Dabei ist uns allerdings klar, daß es ein Ressortprinzip, das gewissermaßen die Struktur des Haushaltes, wie sie vor zwanzig Jahren begründet wurde, jetzt für die nächsten Jahre fortschreiben will, für die Zukunft nicht geben kann, weil es ein untauglicher Versuch des Interessenausgleichs zwischen den Fraktionen ist. Wir haben also gelernt - auch im Unterschied zu Ihnen -, daß koalieren schwierig ist. Koalitionen sind ein mühevoller Prozeß. Da liegt offensichtlich auch noch vieles vor uns.

Nachdem ich aber vorhin Herrn Linsen gehört habe, wie er über Schwule und Lesben, über Asylpolitik und andere Themen des Landes redet, ist mir klar, daß mit dieser CDU in Nordrhein-Westfalen kein Staat zu machen ist. Es gibt für uns zu dieser Koalition keine Alternative. Wir sind handlungsfähig, und wir werden auch im Rahmen der Haushaltsberatungen handlungsfähig bleiben. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Busch. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Teil I "Haushalt" liegen mir nicht vor, so daß ich die **Beratung** zu diesem Beratungsblock an dieser Stelle **abschließen** möchte.

Wir haben deshalb zunächst **abzustimmen** über die Überweisung des **Haushaltsgesetzes** und der **mittelfristigen Finanzplanung**. Das betrifft die **Drucksachen 12/400** und **12/401**. Der Ältestenrat empfiehlt hierzu die **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und an die zuständigen **Fachausschüsse** mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanter Ansätze